

vhw werkSTADT

NUMMER 07 | OKTOBER 2021



Große Transformation, urbane Resilienz und nachhaltige Stadt

vhw SCHRIFTENREIHE | 32

JÜRGEN KEGELMANN, CHRISTINE SCHWEIZER,
ALBERT GEIGER, MARTIN KURT, NIKI LANG

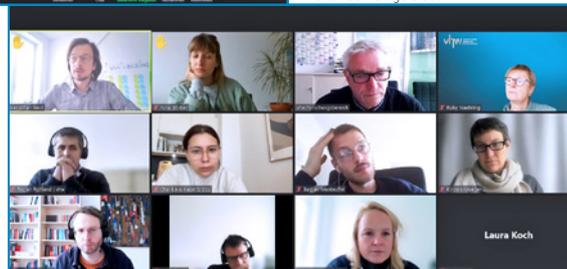
Nachhaltige Stadtentwicklung durch nachhaltige Verwaltungs-entwicklung

DIE (KOMMUNAL-)VERWALTUNG DER ZUKUNFT



vhw Forschung

das gelingen? Lesen unter: vhw.de/forschung/denk...
#vhwForschung



Videopodcast der vhw Forschung



TALK

Gesprächsreihe
Governance des Stadtmachens:
Kommunale Kooperations-
modelle



Der vhw-Forschungsbereich

Der vhw-Forschungsbereich blickt abermals auf ein Jahr mit besonderen Herausforderungen zurück: Nach den coronabedingten Umstrukturierungen im Vorjahr hieß es nun, den angepassten Arbeitsmodus vorübergehend zu konsolidieren. Zwar hatte die Pandemie die vhw-Forschung auch im zweiten Jahr noch fest im Griff, jedoch konnten zwischenzeitlich Routinen etabliert werden, die die wissenschaftliche Arbeit erleichterten. Zum einen spielten sich neue Arbeitsmodi ein, wie z. B. die Nutzung digitaler Tools oder das Arbeiten aus dem Homeoffice – was noch zu Beginn der Pandemie als pionierhaft erschien, wurde schnell zur neuen Normalität. Gleichzeitig wurde die modifizierte Forschungsarbeit fortgeführt, insbesondere

- in den neuen beiden Drittmittelkonsortien (Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government sowie Kleinstadtakademie),
- in den neuen vhw-Eigenprojekten (Clusterprojekte zu den Themen resiliente Quartiersentwicklung, digitale Nachbarschaften, Zivilgesellschaft und Wohnen im Pandemiekontext), die in ihre empirische Phase eintraten,
- in den noch laufenden vhw-Vergabeprojekten, die nun – häufig genug selbst durch die Pandemie ausgebremst – peu à peu durch die Zielgeraden gingen und in zahlreichen Publikationen (u. a. in der vhw-Schriftenreihe) und (Online-)Workshops sowie Vorträgen präsentiert und gewürdigt wurden.

Die vhw-Forschung blieb also trotz der Umstände produktiv und präsent. Inhaltlich arbeitete der Bereich auch im diesjährigen Berichtszeitraum wieder eng an relevanten Themen in Wissenschaft und Praxis, was sich u. a. an zahlreichen Einladungen zu Buch- und Zeitschriftenbeiträgen, Gremien, Impulsen oder Vorträgen zeigte. Die Vielzahl von vhw-Projekten lässt sich z. B. Themen wie lokale Demokratie, Beteiligung

und Meinungsbildung, Integrierte Stadtentwicklung, Digitalisierung, Quartiersentwicklung, Wohnungs- und Bodenpolitik, Integration und postmigrantische Gesellschaft, Resilienz oder Urban Governance und „Stadtmachen“ zuordnen. Auch im zweiten Corona-Jahr und mit dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine gab es intensive und manchmal von Tagesaktualität geprägte fachöffentliche Debatten zur Stadtentwicklung. Weil sachliche Reflexion und fundiertes Wissen gerade in diesen Phasen ein wichtiger Rohstoff für den Diskurs sind, war der vhw-Forschungsbereich ein gefragter Ansprechpartner. Intern wurden außerdem gezielt Themenfelder der nachhaltigen Stadtentwicklung aufgerufen (u. a. im Rahmen der Veranstaltungsreihe „vhw & friends“), um den neu aufkommenden Fragen des Klimawandels, der krisenbedingten Energieknappheit und der umweltgerechten Stadtentwicklung Rechnung zu tragen.

Um der vhw-Forschung zu einer weiter optimierten Verbreitung und Vernetzung zu verhelfen, wurde der Dialog mit der neuen Forschungsbeauftragten des Verbandsrats, Frau Prof. Pahl-Weber, aufgenommen. Dabei wurden die positiven Rahmenbedingungen hervorgehoben, welche die vhw-Forschung einzigartig machten und die es zu erhalten gelte: deren finanzielle und ideologische Unabhängigkeit, das besondere Themenportfolio, den (wissens-)vermittelnden, praxeologischen Anspruch („Brückenbauen zwischen Wissenschaft und Praxis“, nicht zuletzt auch durch die Kombination mit der vhw-Fortbildung) sowie die transformative Ausrichtung mit Blick auf soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Ziel ist es, die vhw-Forschung – bereits heute gut vernetzt in Praxis und Wissenschaft – weiter in die kommunale und stadtentwicklungspolitische Fachwelt und die wissenschaftliche Community einzubetten.

Schließlich veränderten sich – gegen Ende des Berichtszeitraums – abermals die vhw-internen Rahmenbedingungen für die Forschung. Indem aufgrund der wirtschaftlichen Erholung nach dem Corona-

Einbruch des Verbands allmählich wieder eigene Vergabeprojekte möglich werden, differenziert sich das Projektportfolio nun erneut aus. Jetzt gilt es, die vielen zwischenzeitlich aufgelaufenen Projektideen zu priorisieren, erste Vorschläge zu verwirklichen und gestärkt aus dem Umbruch in eine neue Phase einzutreten. In dieser neuen Phase soll nicht alles so werden wie früher, denn eine dynamische, resiliente Organisation sollte sich nicht zurück-, sondern stetig weiterentwickeln. Neben der konkreten Projektarbeit und einem Austarieren der unterschiedlichen Projekttypen wird die nächste Phase deshalb auch eine Diskussion über einen aktualisierten Referenzrahmen für den Forschungsbereich beinhalten.

zur Zivilgesellschaft wurden theoretische Grundlagen aufgearbeitet und durch Interviews validiert. Ein Flaggschiff der Forschungsaktivitäten im Cluster ist auch das ExWoSt-Projekt „Pilotphase Kleinstadt-Akademie – Lokale Demokratie gestalten“, das sich mit der Stärkung von lokalen demokratischen Strukturen in räumlich-strukturellen Peripherisierungsprozessen befasst.

Weiterhin fest verankert bleiben im Arbeitsprogramm des Forschungsclusters (Screenshot Website) auch die Innovations- und Transferprojekte zur Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung im Rahmen der vhw-Städtearbeit.

1 Forschungscluster Lokale Demokratie

Auch die Arbeit im Forschungscluster Lokale Demokratie war geprägt durch die Corona-Pandemie, den dadurch bedingten verbandspolitischen Strukturwandel sowie die Weiterführung und erfolgreiche Beendigung all derjenigen Projekte, die vor der Pandemie begonnen wurden, aber nicht wie geplant zu Ende gebracht werden konnten. In erster Linie betraf dies Projekte, die auf vertrauensvoller persönlicher Zusammenarbeit mit Akteuren basierten, wie z. B. die Durchführung persönlicher Interviews oder gemeinsamer Workshops.

Zum Forschungsprogramm gehören im Berichtszeitraum 2021/2022 unter anderem Projekte zur koproduktiven, nachhaltigen Stadtentwicklung aus unterschiedlichen Akteurs-Perspektiven. Darunter finden sich u. a. die Projekte „Nachhaltige Stadtentwicklung durch nachhaltige Verwaltungsentwicklung“, „Karlsruhe – Kooperative Sport- und Bewegungslandschaften“ sowie mehrere Teilprojekte der „Stadtmacher-Akademie“. In einem Clusterprojekt

LOKALE DEMOKRATIE

Städte und Gemeinden in Deutschland sind im Grundsatz bürgerschaftlich organisiert, d. h. die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Aufgabenerfüllung, z. B. über die bekannten Formen der repräsentativen, direkten und der partizipativen bzw. deliberativen Demokratie, „... ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung“ (Deutscher Städtetag 2013). Eingebunden in das politische Mehrebenen-System von Bund, Ländern und Kommunen, umfasst die "Lokale Demokratie" die Gesamtheit aller lokalpolitischen Strukturen, Prozesse und Akteure, die im wechselseitigen Zusammenwirken die Demokratie auf kommunaler Ebene verkörpern.

[+ Mehr anzeigen](#)

Projekte

Die Projekte im Cluster sind den folgenden Themenbereichen zugeordnet:

- **Demokratische Deliberation**
- **Partizipative kommunale Praxis**
- **Kommunikation und Stadtentwicklung**
- **Akteurs- und Governanceforschung, Intermediäre**

Neue Publikationen



[Link](#)



[Download](#)



[Link](#)

Im Berichtszeitraum wurden dazu trotz der oftmals unüberwindbaren Einschränkungen durch die Pandemie mehrere Projekte durchgeführt, die sich insbesondere mit der Stärkung (Empowerment) bürger-schaftlicher Planungsakteure befassten, u. a.:

- eine Nutzerbefragung zum Community Center Eidelstedt, Hansestadt Hamburg,
- das Projekt Phase Null in der Bürgerbeteiligung, Hansestadt Rostock,
- eine Studie zur integrierten Stadtentwicklung, Marburg,
- ein Einführungsvideo sowie mehrere Workshops zur milieuorientierten Bürgerbeteiligung in der Stadt Herrenberg, gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ sowie
- der erstmals online durchgeführte Workshop „Milieu und Bürgerbeteiligung“ mit allen Quartiersmanagern im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung.
- Zwei weitere Workshop-Projekte zur milieuorientierten Bürgerbeteiligung, die im Mai 2022 ihren Auftakt nahmen, konnten mit den neuen Anlauf- und Beteiligungsleitstellen in den Berliner Bezirken Pankow und Lichtenberg vereinbart werden.

Für die inhaltliche Weiterentwicklung des Forschungsclusters sind zudem Projekte aus den anderen Forschungsclustern relevant, die durch inhaltliche Querbezüge Beiträge zum Cluster Lokale Demokratie erbringen. Dazu gehörten im Berichtszeitraum u.a. die Projekte „Lokale Öffentlichkeit im digitalen Wandel“ und „Smarte Systemarchitektur für ein kommunales E-Government“ im Cluster Digitalisierung, Projekte zur Resilienz und zur Nachbarschafts- und Quartiersentwicklung im Cluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt oder die Konferenz „Stadtentwicklung und Wohnungsbaupolitik in angespannten Märkten“ im Cluster Wohnen in der Stadtentwicklung.

In den vergangenen Jahren stand das Forschungsfeld Lokale Demokratie, angetrieben durch einen dynamischen gesellschaftlichen Wandel, verstärkt im Zeichen großer gesellschaftlicher und demokratischer Herausforderungen. Aufgearbeitet, auf die

kommunale Ebene übertragen und in entsprechenden Forschungsprojekten bearbeitet wurden u.a. post-demokratische und klassenstrukturelle Verwerfungen, Resonanzverluste zwischen Bürgerschaft und Politik, Bedeutungsverluste demokratischer Institutionen, populistische Angriffe gegen die offene Gesellschaft und die Verrohung der Kultur und Kommunikation in den sozialen Medien.

Nach dem erfolgreichen Abschluss dieser Forschungsarbeiten wurde die Ausrichtung der Forschungsaktivitäten teilweise neu justiert. Neben dem weiterhin bearbeiteten Schwerpunkt der Koproduktion von Stadt in der nachhaltigen Stadtentwicklung und der Weiterführung der anwendungsbezogenen Städtearbeit im vhw wurden auch zwei neue, extern beauftragte Forschungsprojekte auf die Agenda gesetzt, die für eine Rückbesinnung auf das Kernthema der Bürgerbeteiligung stehen: das Projekt „Infrastrukturen der Bürgerbeteiligung“ und das Projekt „Erfahrungen mit der förmlichen Bürgerbeteiligung nach BauGB“. Die Ergebnisse werden im nächsten Berichtszeitraum erwartet.

1.1 Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government

Seit Juli 2021 ist der vhw Teil eines vom dtec.bw (Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr) geförderten zweijährigen, transdisziplinären Forschungsprojekts, das zusammen mit der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, der Q – Agentur für Forschung aus Mannheim sowie der Stadt Ludwigsburg die Entwicklung eines „Digitalen Bauamts“ zum Ausgangspunkt nimmt, um theoretisch fundiert und empirisch unterlegt die politisch-administrativen Herausforderungen der Digitalisierung zu identifizieren und Ableitungen mit Blick auf ein kommunales E-Government vorzunehmen.

Das vom Bund 2017 verabschiedete Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen bis 2022 auch digital zu ermöglichen. Der Aufbau und die Instandhaltung der dafür notwendigen Strukturen und Schnittstellen ist allerdings nicht nur eine technische, sondern auch eine organisationale und somit soziale Herausforderung.

Prinzipien des Föderalismus und der kommunalen Selbstverwaltung, mit verschränkten politischen Zuständigkeiten und Funktionspfaden, sowie ein Verständnis von **Digitalisierung** als bloße technische Umsetzung sorgen bisher für eine horizontal fragmentierte Landschaft heterogener **Insellösungen** samt eigener Plattformen und Standards. Diese stehen einer politisch gewünschten vertikalen Integration aller Verwaltungsleistungen z. T. entgegen.

Bei komplexen Verwaltungsleistungen, z.B. Bauantragsverfahren nach Landesbauordnung, müssen Akteure aus Verwaltung, Fach-, Bauaufsichts- und Messbehörden, Berufsverbänden, Stadtverbänden und Interessensgemeinschaften koordiniert werden. Solche Netzwerke können nicht im Alleingang implementiert werden, sondern betreffen eine Vielzahl von Akteuren, zu denen kommunikative Schnittstellen hergestellt und erhalten werden müssen (s.a. vhw-werkSTADT Nr. 58, 10/2021 zur infrastrukturellen Dimension des digitalen Wandels).

Nachdem das Projekt (Screenshot Nachricht Website) pandemiebedingt anfangs nur digital zusammenkommen konnte, fand im März 2022 erstmals ein Meeting aller Projektteams in Ludwigsburg statt, bei dem sich die Beteiligten persönlich kennenlernen und gemeinsam über das Projekt verständigen konnten.

In einer ersten Erhebung wurden Ende 2021 Betroffene in der Ludwigsburger Verwaltung sowie im Frühjahr 2022 Akteure aus der Kommunalpolitik zum Digitalisierungsprozess in Ludwigsburg befragt. Die erste Interviewphase offenbarte die konkreten organisatorischen Herausforderungen, mit denen sich Behörden bei Digitalisierungsprozessen konfrontiert sehen. Dies gilt zum einen für die Einbindung der Mitarbeitenden bei der Entwicklung und Implementierung neuer Soft- und Hardware zur Bearbeitung von Verwaltungsleistungen sowie zum anderen für die Anpassungen des internen Bearbeitungsprozesses, die digitale Technologien ermöglichen, aber z. T. auch erforderlich machen.

Zu diesen Herausforderungen wurde in den Interviews der dringende Wunsch nach einem Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen artikuliert. Diesem Wunsch wird derzeit durch die Vorbereitung eines Barcamps entsprochen, das im Juli 2022 in Ludwigsburg stattfinden und zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung thematisch interessierter Städte in Baden-Württemberg untereinander beitragen soll.

In weiteren Gesprächen der ersten Erhebungsphase mit leitenden Verwaltungsangestellten und Gemeinderatsmitgliedern ging es ferner um die kommunalpolitische Relevanz des Themas. Digitalisierung ist auch eine politische Arena, in der verschiedene Akteure aus und innerhalb der Verwaltung mit unterschiedlichen Zielen zusammenkommen.

Aktuell befindet sich das Projekt in einer Auswertungsphase, in der verschiedene Governance-Konstellationen und ihre Selbstwirksamkeit im Digitalisierungsprozess beschrieben werden sollen. In

The screenshot shows the website of the vhw (Verband für Wohnen und Stadtentwicklung). The page features a navigation bar with links for HOME, WIR ÜBER UNS, FORTBILDUNG, FORSCHUNG, PUBLIKATIONEN, TERMINE, PRESSE, and KONTAKT. Below the navigation, there is a search bar and a breadcrumb trail: vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung » V » Aktuelle Nachrichtenübersicht » Nachrichte. The main headline reads: **PROJEKT "SMARTE SYSTEMARCHITEKTUR FÜR KOMMUNALES E-GOVERNMENT" GESTARTET!**. The article is dated October 2021 and includes a photo of a city at night with the caption 'Wohnen und Wohnen'. The text describes the project's goal to explore hybrid learning formats for digitalization processes in municipalities, supported by a research consortium led by Prof. Dr. Gary Schaik and Prof. Dr. Christina Schaefer. It mentions the involvement of the City of Ludwigsburg and the research center 'Smart System Architecture for Municipal E-Government'. The article concludes by stating that the project's findings will be used in a hybrid training seminar for vhw and other cities to support digitalization processes in municipal practice.

Ludwigsburg durchlief man hier mehrere Phasen, was einen Einblick in die Wirksamkeit und Herausforderungen unterschiedlicher Herangehensweisen erlaubt. Das Verständnis, die Werte und Erfolgsvorstellungen von Digitalisierung können sich in den Akteurs-Konstellationen, die das Thema vorantreiben, z. T. stark unterscheiden. Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung, Planung und Steuerung des digitalen Wandels spielt daher die Kapazität, aus der Vielfalt von Zielen eine handlungsfähige Koordination erwachsen zu lassen, die von Betroffenen in der Verwaltung und Kommunalpolitik getragen wird.

Ausblick

Die Handlungsfähigkeit von Kommunen bei der Gestaltung der digitalen Transformation ist durch vielfältige Abhängigkeiten mit Bundes- und Landesregelungen eingeschränkt sowie von unklaren Zuständigkeiten geprägt (vgl. Abb. 1). In der nächsten Projektphase sollen zu diesem Zweck Gespräche mit Akteuren auf Bundes- und Landesebene durchgeführt werden.

Der vhw hat hierbei eine Doppelrolle. Zum einen wurden im Austausch mit der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) theoretische Heuristiken diskutiert, die

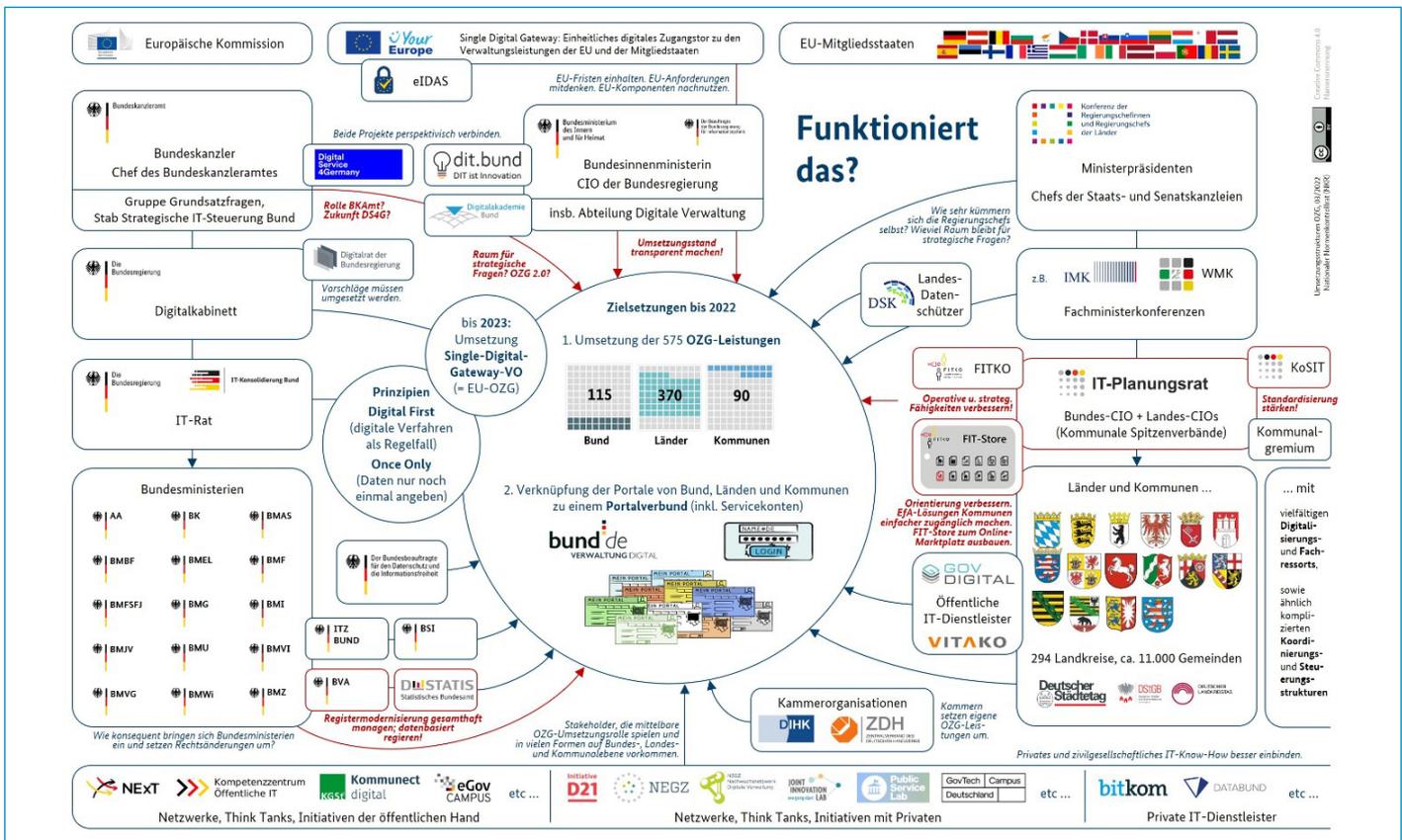


Abb. 1: Umsetzungsstrukturen zum Onlinezugangsgesetz [Stand 3/2022, Normenkontrollrat 2022]
 Online unter: <https://www.normenkontrollrat.bund.de/nkr-de/digitalisierung> [zuletzt abgerufen am 14.06.2022]

das Geschehen in Ludwigsburg analytisch auffangen können. Zum anderen sollen die Erkenntnisse in Fortbildungsprogramme überführt werden, von denen andere Kommunen profitieren können, denn das Onlinezugangsgesetz wird die Kommunen noch weit über die ursprünglich gesetzte Frist Ende 2022 hinaus beschäftigen. Das OZG ist zudem nur ein Teilaspekt des Querschnittsthemas Digitalisierung. Wenn eine aktive Gestaltung des digitalen Wandels in den Kommunen angestrebt wird, sind bereits heute Weichenstellungen nötig, für die entsprechende Kompetenzen aufgebaut werden müssen.

Um die Erkenntnisse am Ende des Forschungsprojekts in ein Fortbildungsprogramm überführen zu können, wurde eine Schnittstelle zur vhw-Fortbildung geschaffen, die sich bereits intensiv mit dem Thema der digitalen Verwaltung auseinandersetzt. Der Austausch zwischen Forschung und Fortbildung soll dabei als fruchtbares Wechselverhältnis verstanden werden. Zu diesem Zweck wurden erste Zwischenergebnisse mit Fortbildungsreferentinnen und -referenten geteilt und im Lichte bestehender Angebote diskutiert. Geplant ist zudem ein Austausch mit externen Expertinnen und Experten, etwa zur Frage, wie das Thema Digitalisierung ganzheitlich bearbeitet werden kann. Die identifizierten Herausforderungen sollen in Themenfelder übersetzt werden, die sich in einem umfassenden Fortbildungsangebot bündeln lassen.

1.2 Pilotphase Kleinstadtakademie: Modellvorhaben

Seit dem Frühjahr 2021 beteiligt sich der Bundesverband im Modellvorhaben „Lokale Demokratie gestalten – Beteiligungspraxis in Kleinstädten“ an der Pilotphase Kleinstadtakademie. Die Pilotphase Kleinstadtakademie ist Teil der Initiative Kleinstädte in Deutschland des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, (BMWSB). Sie wird durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raum-

forschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Rahmen des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) des BMWSB betreut.

Im Modellvorhaben übernimmt der vhw die wissenschaftliche Begleitung der fünf Kleinstädte Eilenburg und Wurzen (Sachsen), Osterburg (Sachsen-Anhalt), Großräschen (Brandenburg) und Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen). Das Projekt befasst sich inhaltlich mit den Möglichkeiten der Förderung, Weiterentwicklung und Verstetigung kommunaler Beteiligungsinstrumente sowie mit Engagement- und Beteiligungsstrukturen in der Kleinstadtentwicklung.

Ausgangslage des Projekts ist die Beobachtung der teilnehmenden Kommunen, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen mit herkömmlichen Beteiligungsinstrumenten kaum noch erreicht werden. Klassische Kommunikationskanäle wie Stadtratssitzungen, Einwohnerversammlungen oder Bürgersprechstunden, die für die Kommunen nach wie vor ein wichtiges Kommunikationsinstrument darstellen, werden in der Regel von nur sehr wenigen Bürgerinnen und Bürgern besucht.

Zweifellos ist dies eine Entwicklung, die nicht nur in Kleinstädten beobachtet werden kann. Im Vergleich zu vielen Mittel- und Großstädten verfügen Kleinstädte jedoch selten über entsprechende Ressourcen oder Erfahrungen, hier Alternativen anbieten zu können. Verfahren wie Bürgerräte, Bürgerhaushalte oder auch Leitlinien für Beteiligung gibt es bisher vor allem in größeren Städten. Kleinstädte sind trotz ihrer hohen Zahl in der Verbreitung derartiger Beteiligungstools deutlich unterrepräsentiert. Gleichwohl wird partizipativen und koproduktiven Prozessen mit Bürgerinnen und Bürgern in Kleinstädten besondere Bedeutung beigemessen: Entwicklungspotenziale sollen verbessert, fehlende Ressourcen der Kommunen ausgeglichen und Identität, Bindung und Demokratieverständnis gefördert werden.

Das Projekt hat sich in der ersten Phase zunächst der bisherigen Beteiligungspraxis der Kommunen gewidmet. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme wurde untersucht, welche Erfahrungen die Städte mit Bürgerbeteiligung gemacht haben, welche Verfahren sie anwenden, welche Ziele sie verfolgen, was gut und was weniger gut funktioniert hat.

Zwar wenden die Kommunen überwiegend „klassische“, formale Instrumente der Beteiligung an. Sie haben aber erkannt, dass es andere, niedrighschwellige Beteiligungsformate braucht, die besser auf die individuellen Lebenswirklichkeiten der Menschen zugeschnitten sind. So werden teilweise bereits Feste, Stadtpaziergänge oder Fahrradtouren genutzt, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Und auch digitale Instrumente werden angewendet. Es gibt jedoch überwiegend keine Gesamtstrategie und Beteiligungsprozesse sind zumeist von dem Knowhow einzelner Verwaltungsmitarbeitender abhängig, denen in Kleinstädten oft bereits viel abverlangt wird. Beteiligung ist dabei in der Regel nur eine Aufgabe von vielen. Die Umsetzung der durch Beteiligung generierten Vorschläge und Anregungen aus der Stadtgesellschaft scheitert zudem mitunter an den begrenzten finanziellen Mitteln, aber auch an begrenzten administrativen Zuständigkeiten der Kleinstädte. Ein wichtiges Thema ist etwa der Nahverkehr, für den die Kommunen überwiegend nicht zuständig sind.

Eine weitere Besonderheit kleiner Städte zeigt sich in deren Siedlungsstruktur, die sich in der Vergangenheit durch Gebietsreformen und Zentralisierungsprozesse vielerorts deutlich verändert hat. Die flächengrößte Kommune im Modellvorhaben ist Bad Berleburg, mit 275 km² Ausdehnung und 23 Ortsteilen, gefolgt von Osterburg mit 229 km² und 31 Ortsteilen. Die flächengrößte Kommune im Projekt, die Stadt Eilenburg, hat mit knapp 15.000 Einwohnern etwa 5.000 mehr als Osterburg, dabei allerdings eine Fläche von 46 km² und 6 Ortsteilen. Die Unterschiede sind also groß.

Mit den Gebietsreformen der Vergangenheit ging auch eine Neuordnung von Beziehungen zwischen den Institutionen sowie eine Verschiebung von Kompetenzen und Zuständigkeiten einher. Hinsichtlich der demokratischen Effekte solcher Reformen lassen sich in der wissenschaftlichen Literatur gegensätzliche Positionen beobachten. So stellen Autorinnen und Autoren einerseits fest, dass sich kaum bis keine Auswirkungen auf Legitimität und Bürgernähe kommunalen Handelns beobachten lassen. Andere sprechen jedoch von sinkender Zufriedenheit mit der Demokratie und negativen Effekten für die politische Partizipation, Identität und das Zugehörigkeitsgefühl in Folge von Gebietsreformen.

Das Verhältnis Kernstadt-Ortsteile spielt auch im Modellvorhaben eine Rolle. So wird anhand von zwei Kommunen untersucht, wie sich die kommunikativen Prozesse zwischen den räumlichen Einheiten, aber auch innerhalb der Ortsteile und der gelebten partizipativen Strukturen gestalten.

Neben dieser räumlichen Ebene von Beteiligung, wird im Projekt ein Schwerpunkt auf das Thema Jugendbeteiligung gelegt, um die Belange und Bedürfnisse von jungen Bewohnerinnen und Bewohnern zukünftig stärker in der kleinstädtischen Entwicklung berücksichtigen zu können. Hierfür wurde im Mai 2022 eine Schwerpunkt-Transferwerkstatt durchgeführt, die vor allem auf die dafür notwendigen Strukturen zur Verstärkung von Jugendbeteiligung und wichtige Akteure, die es hierfür unterstützend braucht, schaute. Der Verbund löst sich dabei vom Blick auf Einzelprojekte, die in der Vergangenheit von kurzer Dauer waren und wenig langfristige Effekte mit sich brachten. Außerdem wurden in Osterburg und in Großräschen Befragungen (Gruppendiskussionen und Einzelinterviews) von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Screenshot Nachricht Website) durchgeführt, um mehr über die lebensweltlichen Perspektiven und Bedarfe dieser Bevölkerungsgruppe auf die Entwicklung ihrer Städte zu erfahren.

1.3 Die vhw-Stadtmacher Akademie

Die Stadtmacher Akademie konnte 2021/2022 weiterhin als Treiber der Debatte um das Stadtmachen etabliert werden. Mit dem Online-Diskussions-Format „Stadtmacher Talk“ wurde 2022 eine Plattform initiiert, über die der vhw die Debatte um das Stadtmachen eigenständig mitgestalten kann. Zudem wird der vhw zunehmend als Impulsgeber wahrgenommen und zu Veranstaltungen und Netzwerktreffen eingeladen. Vor dem Hintergrund der Einschränkungen der Corona-Pandemie wurde das präsenzorientierte Fortbildungsprogramm der Akademie vorerst ausgesetzt. Die Vorbereitungen für einen neuen Jahrgang in 2023 sind allerdings bereits in Arbeit. Allen Interessierten wird zudem ein Newsletter angeboten, der über die aktuellen Events der Stadtmacher Akademie informiert und spannende Infos rund ums Stadtmachen bietet: er lässt sich über die Projekt-Homepage www.stadtmacher-akademie.org abonnieren.

Der Stadtmacher Talk

Zwischen Top-down, Bottom-up und Cross-over entwickelt sich im Lokalen eine Governance des Stadtmachens, der wir mit dem Stadtmacher Talk (Beispielbild) eine digitale Gesprächsreihe gewidmet haben. Mit dem Bekenntnis zu einer gemeinwohlorientierten



Die Ergebnisse werden als Grundlage genutzt, um eine zielgerichtete Beteiligungsstrategie zu entwickeln und eventuell bis Ende der Projektlaufzeit im März 2023 noch konkrete Formate zu erproben. So wendet Eilenburg etwa aktiv Jugendbeteiligungsformate im Rahmen des Projekts an.

Um lokale Demokratie durch Prozesse der Beteiligung im Rahmen von Stadtentwicklung auch in Kleinstädten langfristig stärken zu können, ist ein besseres Verständnis über ihre Funktionsweise und spezifische Einflussfaktoren in diesem räumlichen Kontext notwendig. Dabei kann der Blick nicht nur auf punktuelle Verfahren gerichtet sein, sondern muss die lokale Beteiligungskultur und kontinuierliche Möglichkeiten der Teilhabe betrachten. Hierzu will das Modellvorhaben einen Beitrag leisten. Während der Projektlaufzeit sind weitere Transferwerkstätten, die Erprobung konkreter Formate und strategische Ableitungen geplant. Die Kommunen tauschen sich dabei aus, um von den gegenseitigen Erfahrungen zu lernen. Zudem sollen übertragbare Ergebnisse für die Weiterverwendung in anderen Kleinstädten erarbeitet werden.



Stadtentwicklung gewinnen Kooperationen von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Stadtmacher-Initiativen zunehmend an Relevanz. Mit unseren Stadtmacher Talks zu dieser „Governance des Stadtmachens: Kommunale Kooperationsmodelle“ stellen wir innovative und teils auch schon preisgekrönte Ansätze vor und betrachten die Entwicklungsperspektiven solcher Kooperationsmodelle.

Der Stadtmacher Talk ist als Lunch Break-Format angelegt, das donnerstags von 13:00 bis 14:00 Uhr über Zoom eine niedrigschwellige Teilnahme ermöglicht. Die Resonanz auf das Format war unterschiedlich groß (zwischen 8 und 35 Teilnehmende). Besonders erfolgreich ist das Format in der zivilgesellschaftlichen Zielgruppe der Stadtmacherinnen und Stadtmacher.

Bis zu unserer Sommerpause im Juni 2022 sprachen mit folgenden Projekten (Screenshot Website): „Stadtmensch Altenburg“ (Anja Fehre, Susann Seifert und Tino Scharschmidt, Referatsleiter Wirtschaftsförderung Altenburg), „Freiraumbüro Halle“ (Dr. Anett Krause und Lydia Viloría), „Altstadtquartier Aachen Büchel“ (Christopher Vogt und Joscha Wirtz), „Thüringer Zentrum für Beteiligungskultur“ (Line Bernstein und Anton Brokow Loga von der Bauhaus-Universi-

tät Weimar, die das Projekt wissenschaftlich begleitet) und „Politik zum Anfassen“ (Gregor Dehmel im Gespräch mit Gerd Runge von der Zukunftswerkstatt Ihme-Zentrum und René Seidel von dem Projekt LÖBAULEBT).

Nach den jeweiligen Projektvorstellungen ergaben sich im Anschluss stets interessante Gespräche zwischen den Gastgebenden, den Impulsgebenden und den Teilnehmenden. Die Teilnehmenden der Online-Veranstaltung kamen aus unterschiedlichen Kontexten, unter anderem aus der Stadtverwaltung, aus Stadtmacher-Initiativen, Forschung und Unternehmen. Beworben wurde die Gesprächsreihe über den Newsletter der Stadtmacher Akademie, den Twitter Account der vhw-Forschung sowie den eigenen Netzwerken der Impulsgebenden. Alle Gespräche wurden während der Projektvorstellungen der Impulsgebenden aufgenommen und im Nachhinein geschnitten, sodass die Video-Clips auf der Seite des vhw und der Stadtmacher Akademie veröffentlicht werden können.

Impulse zum Stadtmachen

Am 8. Oktober 2021 war die Stadtmacher Akademie in Berlin beim 33. Runden Tisch Liegenschaftspolitik eingeladen, der sich mit der politischen Liegenschafts-Agenda nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigte. Mit einem Impuls zur Stärkung intermediärer Strukturen (Sebastian Beck, vhw) war es möglich, sich in politische Debatte über intermediäre Strukturen in Berlin einzubringen, wo bereits viele intermediäre Schnittstellen zum Stadtmachen angelegt sind. Zum einen ist das mit dem Runden Tisch Liegenschaftspolitik selbst möglich, zum anderen aber auch mit dem Initiativen-Forum, der Urbanen Praxis und dem noch in Aushandlung befindlichen Projekt einer Task Force für bedrohte Räume der Soziokultur und der Berliner Mischung. Der Impuls ist im Magazin „StadtNeudenken“ dokumentiert.



Forschungscluster Lokale Demokratie



Am 11. Juni 2022 war die Stadtmacher Akademie mit dem Format „Space Jam“ im Programm der „You Promised me a City“-Konferenz (Foto Veranstaltung vhw) für experimentelle Stadtentwicklung in Hannover vertreten. Ausrichter war eine breite Koalition von u.a. Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA), der Universität Hannover, dem Kreativ Netzwerk Hannover, dem BBSR und vielen Stadtmacher-Initiativen. Ziel der Konferenz war das Erzeugen von produktiven Dissonanzen. Gebaute und gesellschaftliche Räume, gedachte und gemachte Stadt, Zuständigkeiten, Zusammenhänge und Zukunft – darüber wurde gestritten. Und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven und Fachrichtungen – und in neuen Formaten. Mit dem Space Jam waren wir mit einem Fish-Bowl am Samstagmorgen bei bestem Sommerwetter mit 25–30 Teilnehmenden in einer Kleingartenkolonie (Fotos Veranstaltung vhw). Unser Ziel war es,



ein Streitgespräch über Freiräume zu führen, eines der Kernthemen des Stadtmachens: über die Nachhaltigkeit und über die Gemeinwohl-Mehrwerte von

kreativen Freiräumen des Stadtmachens und über Allianzen zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern, Kreativen, Politik, Verwaltung, Intermediären, Unternehmen, Stiftungen, Banken und Netzwerken. Das ist uns auch gelungen, indem wir die Perspektive von Stadtmacherinnen und Stadtmachern mit der Perspektive der Clubkultur gespiegelt haben. Überraschenderweise ist die Clubkultur in ihrem Eintreten für Freiräume oftmals erfolgreicher als die soziokulturellen Projekte des Stadtmachens. Andererseits haben auch die soziokulturellen Stadtmacher-Projekte recht solide Formen der Freiraumsicherung entwickelt. Mit dabei waren Iver Ohm vom Projekt Task Force, Berlin, Dr. Anett Krause und Lydia Vilorio vom Freiraumbüro Halle und Terry Krug als Mitbegründerin der Clubstiftung Hamburg.

Am 9. Juni 2022 waren wir als Stadtmacher Akademie in Hannover zum Stadtmacher-Netzwerktreffen des BBSR im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eingeladen.

Der Fokus war die Frage nach Betriebsmodellen für Stadtmacher-Initiativen, was direkt an das Curriculum der Stadtmacher Akademie anknüpft. Dieses Netzwerk spiegelt prototypisch die Vielfalt der Akteure des Stadtmachens wider: informeller Urbanismus (u.a. machbar Bamberg), lokale Plattformen (u.a. Urbane Praxis, Hansaforum), Immovieliien (u.a. Haus der Statistik, Alte Mu, Niehler Freiheit), Netzwerke (u.a. LeerGut-Agenten, Zukunftsorte, Urbane Liga, Stadtmacher Akademie) und neue kreative Unternehmen (u.a. stadtstattstrand, graadwies) – und die Stadtmacher Akademie erweist sich hier in alle Richtungen als sehr gut vernetzt – und – mittlerweile auch als solide etabliert.

Ebenfalls Kontakt aufnehmen konnten wir mit der Allianz für Vielfältige Demokratie. Die Stadtmacher Akademie ist dort seit 2022 Mitglied im Themenkreis „Kompetenz und Praxisberatung“ und wurde als Impulsgeber auf die Jahrestagung der Allianz am 23. Juni 2022 in Mainz eingeladen.

Jahrgang 2023

Der nächste Jahrgang der Stadtmacher Akademie startet im März 2023 und die Bewerbungsphase ist eröffnet. Wir suchen 2023 nach kreativen Ideen für den Zugang zu Boden und die gemeinwohlorientierte Entwicklung von Immobilien und fördern Stadtmacher-Impulse, mit denen sich die Orte in unseren Städten und Gemeinden in der Post-Corona-Zeit wiederentdecken und gemeinwohlorientiert nutzen lassen. Damit wollen wir Kooperationen von Zivilgesellschaft und Kommune als **Public-Civic-Partnerships** stärken.

Initiativen, kommunale Kooperationspartner und Förderer können über die Projektseite www.stadtmacher-akademie.org mit dem Projektteam Kontakt aufnehmen. Erste Interessierte haben sich bereits gemeldet. Allen drei Akteurs-Gruppen wurden auf der Projektseite eigene Zugangsseiten zur Verfügung gestellt.

Im Jahrgang 2023 der Stadtmacher Akademie zum Schwerpunkt „Zugang zu Boden“, „Gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung“ und „Post-Corona-Stadt“ sind Impulse zu folgenden Themenblöcken geplant: Visionen und Ziele, Hacking Politics, Wirtschaftlichkeit & Trägerschaften, Strategie & Projektplanung, PR & politisches Lobbying, Place Making, Organisationsentwicklung, Zugang zu Boden, Bodenpolitische Instrumente, GI Stadt, Gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung, Zukunfts-Schutzgebiete, Urban Commons

Unsere Formate sind im Folgenden beschrieben. **CAMPS**: bei inspirierenden Projekten vor Ort, mit Impulsen zum Handwerkszeug des Stadtmachens und Debattenbeiträgen zum stadtpolitischen Diskurs; **LABS**: zu Gast bei Stadtmacherinnen und Stadtmachern, mit zwei unterschiedlichen Workshops zur strategischen Aufstellung der Projekte; **WEBINARE**: Impulse zum Stadtmachen, um die Projektarbeit zu schärfen; **SYMPOSIEN**: Debatte mit Initiativen, Verwaltung und Politik über das Stadtmachen.

1.4 Lokale Kommunikation im Wandel: Der Forschungsansatz zur „lokalen Meinungsbildung“

Der Abschluss des zweiten Projekts zur lokalen Information und Kommunikation – erneut in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich und der FU Berlin – hatte 2021 zur Entwicklung eines Monitoringverfahrens zur Messung der **Qualität lokaler Öffentlichkeit** geführt (siehe Tätigkeitsbericht 2020/2021). Bereits bei der Vorstellung der Ergebnisse dieses Projekts in den vhw-Gremien tauchte die Frage auf, wie unter den grundsätzlich veränderten Bedingungen einer in weiten Teilen digitalisierten Medien- und Kommunikationslandschaft und einer weiter ausdifferenzierten Gesellschaft die Mechanismen einer veränderten lokalen Meinungs- und Willensbildung in ihrer ganzen Vielfalt erforscht werden können. Die Ausgangsthese in diesem Kontext lautet, dass die Vielzahl, die Komplexität und die Reichweite an Veränderungsprozessen neue Formen der Bereitstellung und der Vermittlung von Information und Wissen, des Austauschs und der Partizipation erfordern, um die künftige Funktionsfähigkeit der lokalen Demokratie und einer breiten Teilhabe sicherzustellen.

Als Zwischenziel zur Beantwortung dieser Fragen sollte zunächst der aktuelle Forschungsstand zum Komplex der Meinungs- und Willensbildung auf lokaler Ebene aus den unterschiedlichen Ansätzen und Perspektiven von Kommunikationsforschung, Sozialpsychologie, Mediendidaktik und nicht zuletzt Stadtentwicklung aufgezeigt und diskutiert werden.

Diese Vorüberlegungen resultierten Anfang 2022 in einem ersten digitalen Workshop, bei dem Expertinnen und Experten aus den genannten Disziplinen sowie der Milieuforschung ihre Forschungsschwerpunkte und -befunde vorstellten. Die Diskussion verdeutlichte den umfangreichen Forschungsbedarf, um die hohe Komplexität der transformativen Prozesse

aus veränderter Angebotslandschaft, Nutzerverhalten und politischen Möglichkeiten durchdringen und aus den Ergebnissen Folgerungen für die Gestaltung der lokalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ableiten zu können.

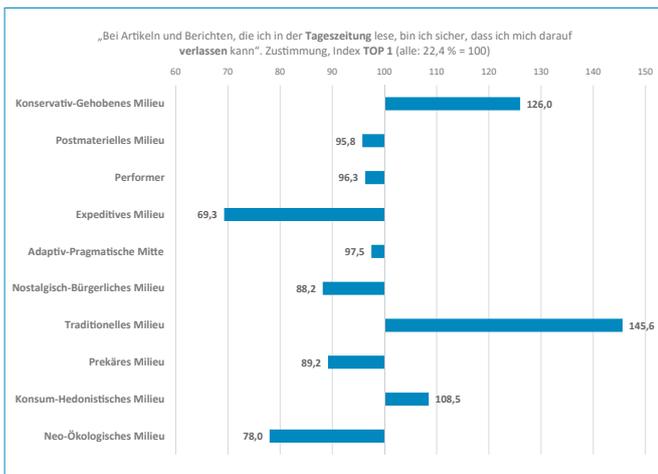


Abb. 2: Bewertung der Qualität von Informationen in verschiedenen Medien
Quellen: Eigene Darstellung, Best for Planning 2021 II

Eine Vielzahl relevanter Faktoren müssen in diesem möglichen Forschungsprozess Berücksichtigung finden. Unterschiedliche Repertoires der Mediennutzung, des Zugangs, des **Vertrauens** in die Qualität der Informationen in verschiedenen Medien (Abb. 2), aber auch die Orte und sozialen bzw. sozialräumlichen Kontexte der direkten, persönlichen oder kollektiven Kommunikation und deren Ausdifferenzierung sind hier zu nennen. Ergebnisse aus laufenden Studien oder periodischen Befragungen können dabei helfen, diesen Forschungsprozess (modular) mit zu strukturieren.

Geplant ist zunächst ein weiterer interdisziplinärer Workshop im Früherbst 2022, um die Komponenten eines gemeinsamen Vorgehens der Beteiligten zu identifizieren und zu konkretisieren, sowohl bezogen auf die Seite der Nutzenden lokaler Information und

Kommunikation, als auch mit Blick auf das vielfältige mediale Angebot.

Parallel sollen leitende Lokalpolitikerinnen und -politiker ihre Bedürfnisse für entsprechende Forschungsvorhaben benennen und damit dabei helfen, den Konzeptrahmen anwendungsorientiert aufzubauen, etwa im Hinblick auf die Gestaltung von lokalen Kommunikationsnetzwerken bzw. -plattformen, auf denen u. a. Themen der Stadtpolitik und Stadtentwicklung informativ und inklusiv behandelt werden können.

1.5 Projekte und Akteure der Bürgerbeteiligung zur Quartiers- und Stadtentwicklung: Wissenschaftliche Begleitung durch die vhw-Forschung

Auch im Berichtszeitraum 2021/2022 hat der vhw unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie seine Kooperation mit interessierten Kommunen in den Themenfeldern der inklusiven, milieuorientierten Bürgerbeteiligung sowie der Ko-Produktion in der Quartiers- und Stadtentwicklung fortgesetzt. Dabei stand aufgrund der anhaltenden Pandemie die wissenschaftliche Begleitung gegenüber empirischer Forschung im engeren Sinne im Vordergrund und es musste die längste Zeit auf einige neu entwickelte Online-Formate zurückgegriffen werden, bevor im Frühjahr 2022 erstmals wieder ein analoger Workshop stattfinden konnte.

Beteiligungsleitstelle Lichtenberg

Der Senat des Landes Berlin hat im September 2019 „Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ (LLBB) beschlossen. Zur erfolgreichen Umsetzung dieser Leitlinien wurden in den Berliner Stadtbezirken eigene Anlauf- und Beteiligungsleitstellen zur Bürgerbeteiligung eingerichtet. In diesem Zusammenhang haben das Büro „stadtküm-

merer“ und der Bezirk Lichtenberg den vhw mit der wissenschaftlichen Begleitung und Unterstützung bei der Einrichtung der bezirklichen Beteiligungsleitstelle in Lichtenberg beauftragt. Zugleich beauftragte auch der Bezirk Pankow den vhw mit einer inhaltlich vergleichbaren Aufgabenstellung, so dass beide Projekte in enger, synergetischer Kooperation und in zwei gemeinsamen Workshops bearbeitet werden konnten.



Bereits im Vorfeld der Workshops wurde den Protagonisten ein Einführungsvortrag in das Thema „Milieu und Bürgerbeteiligung“ zur Verfügung gestellt, der während des Corona-Lockdowns 2021 zur Vorbereitung von Online-Workshops aufgezeichnet wurde. In einem Workshop, der erstmals wieder mit persönlicher Anwesenheit im April 2022 (Foto Veranstaltung vhw) im ehemaligen Stadtbad Lichtenberg stattfinden konnte, stand zunächst eine ausführliche Einführung in die Sinus-Milieus mit besonderem Blick auf deren Beitrag zu einer inklusiven Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt. In einem nachfolgenden Rollenspiel wurde das dabei erarbeitete Milieuwissen spielerisch nachvollzogen und gefestigt. In einer Analyse des Rollenspiels wurden dann die sozialen Beziehungen und Kommunikationsstrukturen erörtert, die im Rollenspiel zum Tragen gekommen waren. In einem folgenden Termin werden die gesammelten Erkenntnisse in analytisch-konzeptionellen Übungen zur anwendungsbezogenen Entwicklung von milieuspezifischen

Beteiligungsstrategien erprobt. Ziel ist es, die Teilnehmenden in die Lage zu versetzen, eigene Beteiligungsstrategien mit Blick auf eine inklusive Bürgerbeteiligung zu entwickeln und anzuwenden.

Bezirkliche Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung Pankow

Der Berliner Bezirk Pankow entwickelt die im Rahmen der LLBB entstehende Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung in einem zweistufigen Verfahren. Die erste Phase besteht in der Konzeptentwicklung für eine solche Anlaufstelle. Der vhw begleitet diese Konzeptentwicklung und die daran anschließende Umsetzung und Implementierung. Maßgebend dafür waren:

1. die Reflexion des Beteiligungsbegriffs, an dem sich die Beteiligten im Rahmen des Aufbauprozesses orientieren,
2. ein Monitoring der Strukturentwicklung der Anlaufstelle,
3. die Analyse der Schnittstellen von Kommune und Zivilgesellschaft und
4. die Begleitung von Lernprozessen auf Seiten von Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Im Zusammenspiel mit der wissenschaftlichen Begleitung der Lichtenberger Anlaufstelle entstanden dabei Synergien und als Spill-Over-Effekt entwickelte sich eine kollegiale Zusammenarbeit der beiden Anlaufstellen.

In der Zusammenarbeit mit der Pankower Anlaufstelle zeigt sich, dass eine Kombination von lebensweltlichem Milieu-Knowhow mit einer klassischen Analyse der Netzwerkstrukturen der Anlaufstelle sehr zielführende Impulse für die Beteiligungsarbeit bietet. So ergeben sich über die Reflexion des Beteiligungsprozesses, über das Monitoring der Strukturentwicklung und die Analyse der Schnittstellen zu Kommune und Zivilgesellschaft vielfältige Anknüpfungspunkte an das Konzept der intermediären Akteure der Stadt-

entwicklung. Die Pankower Anlaufstelle selbst lässt sich letztlich als innovative und gleichzeitig formalisierte intermediäre Struktur klassifizieren.

Im Ergebnis zeigt sich, dass insbesondere die Motivation der beteiligten Partner der Anlaufstelle aus Zivilgesellschaft und aus den bezirklichen Fachämtern direkt auf den Erfolg der Beteiligungsarbeit einzahlt. Mit dem Instrument von [Lernworkshops](#) konnten hier gute Impulse gesetzt werden, um diese Kooperationen durch gemeinsame Arbeitsprozesse zu fokussieren. Ein Beispiel ist etwa die Kooperation von Anlaufstelle und Fachämtern bei der Erstellung einer Vorhabenliste, die online Auskunft über die aktuellen Planungsverfahren des Bezirks bietet. Hier konnten gemeinsame Ziele und Teilprojekte definiert werden, weil ein gemeinsames übergeordnetes Interesse entwickelt wurde: Übersicht gewinnen und horizontale Abstimmungsprozesse erleichtern.

Milieuorientierte Quartiersentwicklung und Bürgerbeteiligung

Für die vielfältigen Herausforderungen, die sich im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ und bei der Arbeit von Quartiersmanagerinnen und -managern in benachteiligten Stadtquartieren stellen, konnte sich das anwendungsbezogene Milieuwissen der Lebensstilforschung bereits in der Vergangenheit als ein wichtiger Zugang zum besseren Verständnis der stadtgesellschaftlichen Vielfalt in diesen Quartieren erweisen. Zum wiederholten Male hat daher die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen den vhw mit der Durchführung eines [Einführungsworkshops für alle Berliner Quartiersmanager](#) beauftragt. Aufgrund der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie konnte der zeitlich auf vier Stunden begrenzte Workshop, an dem weit mehr als 50 Berliner Quartiersmanagerinnen und -manager und Bezirkskoordinatorinnen und -koordinatoren teilgenommen haben, allerdings nur als ein Online-Meeting durchgeführt werden. Wie in

vergleichbaren anderen Milieuworkshops des vhw stand auch hier die Einführung in die Milieus, die kommunale Milieuanalyse sowie deren konzeptioneller Beitrag zur Vorbereitung einer inklusiven Bürgerbeteiligung zur Quartiersentwicklung im Vordergrund der Betrachtung.

Ebenfalls nachgefragt wurden die [Milieuworkshops des vhw](#) von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in Berlin für die Integrationsmanager, die im Rahmen des Programms „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften – BENN“ in räumlicher Nähe zu den Unterkünften für Geflüchtete eingerichtet wurden. Vorgesehen waren zwei Workshops zur Einführung in das Milieuwissen, mit nachfolgendem Rollenspiel zur Milieusensibilisierung sowie zur Entwicklung von milieuorientierten Beteiligungsstrategien. Die Workshops sollten analog im Frühjahr 2022 stattfinden, mussten jedoch aufgrund der anhaltenden Haushaltssperre des Landes Berlin auf Oktober 2022 verschoben werden.

Zu den Herausforderungen, die sich den Berliner Integrationsmanagerinnen und -managern stellen, gehört unter anderem auch eine Analyse der zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Aktivitäten, die in den jeweiligen Einzugsgebieten bestehen oder bestehen könnten und zu einer Entwicklung der neuen Nachbarschaften beitragen können. Diesem Anliegen widmete sich der vhw in einem zusätzlichen Online-Vortrag im April 2022 für die Berliner Integrationsmanagerinnen und -manager zur Einführung in eine anwendungs- und quartiersbezogene Netzwerkanalyse. Aufbauend auf dem vom vhw herausgearbeiteten demokratietheoretischen Kontext der Netzwerkanalyse und dessen möglichem Beitrag zu einer inklusiven gesellschaftlichen Teilhabe, wurde besonderes Gewicht auf die nachvollziehbare Erläuterung des Vorgehens und der Auswertung bei einer einfachen und einfach zu handhabenden Netzwerkanalyse im Quartierskontext (Screenshot Nachricht Website, S. 32) gelegt.



Ziel war es, die BENN-Managerinnen und -Manager in die Lage zu versetzen, in ihren jeweiligen Einzugsgebieten und Quartieren eigene Netzwerkanalysen durchzuführen und zur Weiterentwicklung ihres konzeptionellen Vorgehens zu nutzen.

Community Center Eidelstedt – wissenschaftliche Begleitung der Bürgerbefragung

Eine Herausforderung ganz anderer Art hat sich den gemeinsamen Trägereinrichtungen des zukünftigen Bürgerhauses in Eidelstedt, einem Stadtteil im Bezirk Eimsbüttel der Freien und Hansestadt Hamburg gestellt. Mithilfe einer repräsentativen und perspektivisch vielfältig angelegten Bürgerbefragung sollten im Kontext der bereits vorgesehenen Nutzungsangebote des Stadtteilkulturzentrums, der Bücherhalle und der Elternschule die zukunftsorientierten Nutzungsbedarfe der Menschen für das neue Community Center „steed – Haus für Kultur, Bildung und Begegnung“ im Stadtteil Eidelstedt untersucht und Empfehlungen zur künftigen konzeptionellen Ausrichtung des Bürgerzentrums abgeleitet werden.

Bei der mehrstufigen Ausschreibung des Gutachtens durch das Bezirksamt Eimsbüttel, gefördert durch den dortigen Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit, hatte das Büro „stadtkümmerei“ in Kooperation mit der vhw-Forschung den Zuschlag für die Studie erhalten. Der vhw war dabei insbesondere mit der wissenschaftlichen Begleitung beim Aufbau des Fragebogens, bei Fragen der Repräsentativität der Befragung unter Gesichtspunkten der stadtesell-

schaftlichen Milieus in Eidelstedt, bei der computer-gestützten Auswertung der Befragung (SPSS) sowie der abschließenden Berichterstattung betraut.

Über mehrere Vor-Ort- sowie kontinuierliche Online-Befragungen im Sommer 2021 konnten trotz der Beschränkungen durch die Pandemie über 400 Befragte gewonnen werden, die zu den Themen Kultur, Bildung und Begegnung detaillierte Auskunft über ihre Nutzungsbedarfe gaben und die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die zukünftige Weiterentwicklung des steed ermöglichten. Der rund 70-seitige Ergebnisbericht der Befragung wurde zum Abschluss des Projekts im Januar 2022 in Hamburg veröffentlicht.

1.6 Integrierte Stadtentwicklung: vhw-Milieustudie mit der Universitätsstadt Marburg

Mit der Vorlage der Gesamtuntersuchung und der Vorstellung der Untersuchungsergebnisse vor den Ausschüssen des Stadtrats der Universitätsstadt Marburg wurde im Juni 2022 (Screenshot <https://www.op-marburg.de/Marburg/Milieustudie-zeigt-wer-in-Marburg-wo-lebt>) das im Vorjahr gestartete Projekt abgeschlossen (siehe Tätigkeitsbericht 2020/2021).

Wer lebt in Marburg eigentlich wo?

Eine neue Milieustudie für Marburg zeigt, wer wo in Marburg lebt – von Intellektuellen bis zu Underdogs.



Marburg. Die Stadtverordneten der Universitätsstadt nehmen am Freitag den Bericht zur „Marburger Milieustudie“ zur Kenntnis. Davon ist auszugehen, denn die in der Milieustudie zur sozialen Lage der Marburger aufgeführten Ergebnisse und Empfehlungen sollen zur Grundlage für das Planen von Stadtentwicklungsprojekten werden. Die Studie erstellten die Stadt Marburg und der vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung.

Ziel der Untersuchung war die Ermittlung von Stand und Entwicklung der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation in Marburg unter Nutzung der Milieuforschung und der Geo-Milieus. Für den vhw stand unter den strukturellen Kontextbedingungen einer mittelgroßen Universitätsstadt die Erweiterung des übergreifenden Verständnisses für die Verbesserung der lokalen Teilhabe, zur Koproduktion und zur vertieften Ermittlung der Zusammenhänge von Vielfalt, Mischung und Fluktuation im Fokus des Interesses. Teile der Auswertung waren komparativ angelegt und bezogen andere Universitätsstädte mittlerer Größe ebenso mit ein wie das Marburger Umland. Darüber hinaus konnten zusätzliche Erkenntnisse zu Stand und Mechanismen von Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen gewonnen werden.

Für die bewertende Analyse konnte neben den Geo-Milieu- und Kaufkraftdaten auch auf tiefgegliederte, anonymisierte Daten zum Sozialtransferbezug, zum preisgebundenen Wohnungsbestand, zur Herkunft der Bevölkerung oder zur Wohnstraße von Studierenden zurückgegriffen werden. Die Binnenauswertungen wurden ganz überwiegend auf der Ebene der 33 Ortsteile vorgenommen, für die auch eine [Sozialraum-Clusteranalyse](#) durchgeführt wurde. Milieustrukturen wurden bis auf die Ebene von Blöcken ermittelt (siehe Abb. 3, Karte unten).

Neben der breiten Datenbasis zählten auch Gespräche mit lokalen Expertinnen und Experten in Einzel- und Gruppengesprächen sowie ein begleitender Workshop zu den Bestandteilen der Untersuchung.

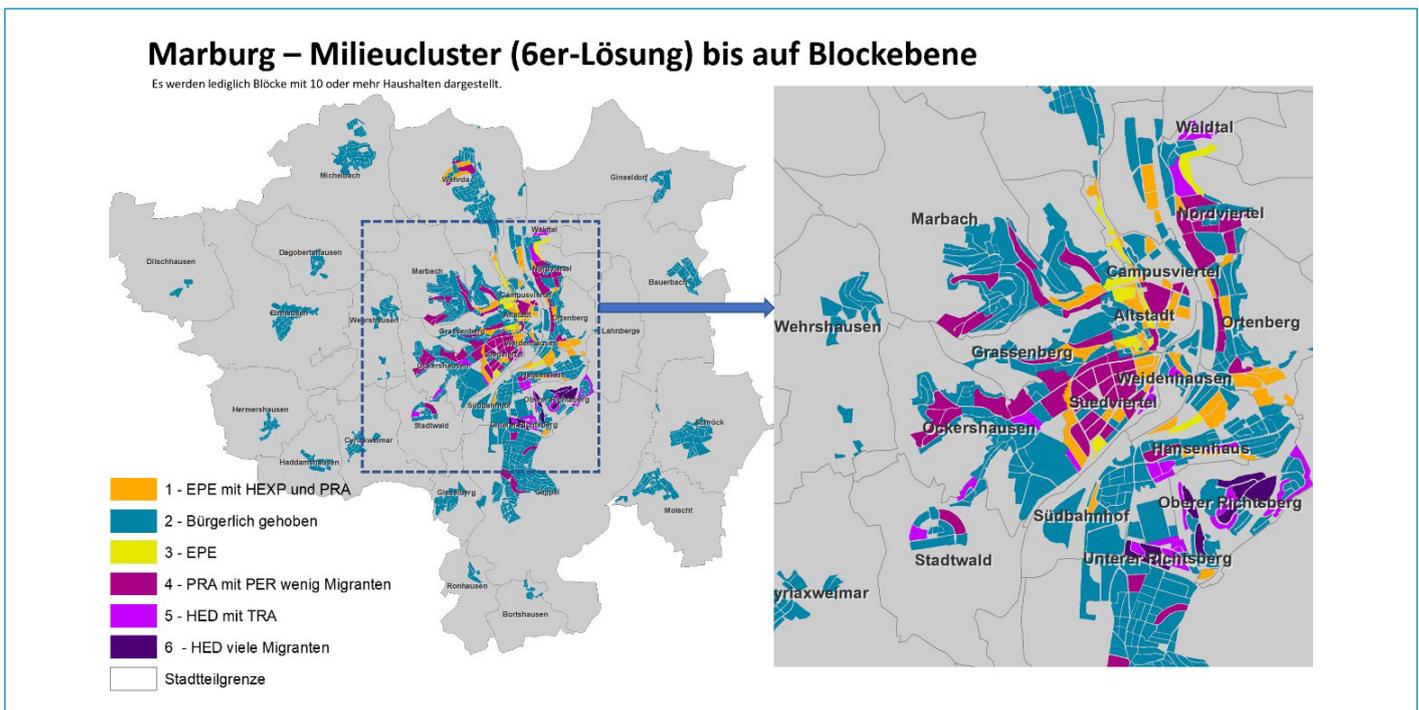


Abb. 3: Legende: Abkürzungen: EPE – Exeditives Milieu, HEXP – Experimentalisten, PRA – Adaptiv-Pragmatisches Milieu, PER – Milieu der Performer, HED – Hedonistisches Milieu, TRA – Traditionelles Milieu, Quelle: vhw

Die Untersuchung war breit angelegt und erstreckte sich über die wesentlichen Bereiche von lokaler Teilhabe und kommunalen Handlungsfeldern, von Bevölkerungsstrukturen über die soziale Lage, die Wohnsituation, die Wirtschaftsstruktur bis zur Partizipation und der Frage nach einer möglichen Ausweisung von sozialen Erhaltungsgebieten (Milieuschutzsatzung). In allen diesen Bereichen wurde auch das entsprechende Milieuwissen herangezogen. Auf diese Weise wurde der Blick auf die Erfordernisse und Elemente eines abgestimmten, integrierten Vorgehens in der Stadtentwicklung möglich.

Die **Ergebnisse** bestätigen einerseits das weit überdurchschnittlich hohe soziale Engagement der Stadt Marburg und der örtlichen Zivilgesellschaft. Eine breite Gemeinwesen- und Quartiersarbeit ist dabei ebenso zu nennen wie ein vielfältiges Beteiligungsangebot, welches seit 2018 konzeptionell verankert ist.

Gleichwohl muss sich die Stadt einer Reihe von Herausforderungen stellen, die in der Untersuchung herausgearbeitet wurden. Diese betreffen die Folgen übergreifender Trends ebenso wie spezifische strukturelle Entwicklungen. Die wichtigsten Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Marburg zählt zu den Mittelstädten mit einer der höchsten **Studierendenquoten** (Universitäten), also dem Verhältnis von Studierenden zur Bevölkerung (Abb. 4). Studierende vitalisieren die Stadt, haben erheblichen Einfluss auf den Wohnungsmarkt, sind aber nach Abschluss ihres Studiums nur zu geringen Teilen zum Verbleib in der Stadt bereit. Für die kommenden Jahre geht die Kultusministerkonferenz (KMK) zudem von einem deutlichen Rückgang der Studienanfängerinnen und -anfänger aus. Diese Entwicklung hat Konsequenzen für die Wohnsituation und die soziale Mischung, gerade auch unter den sozialen Milieus.

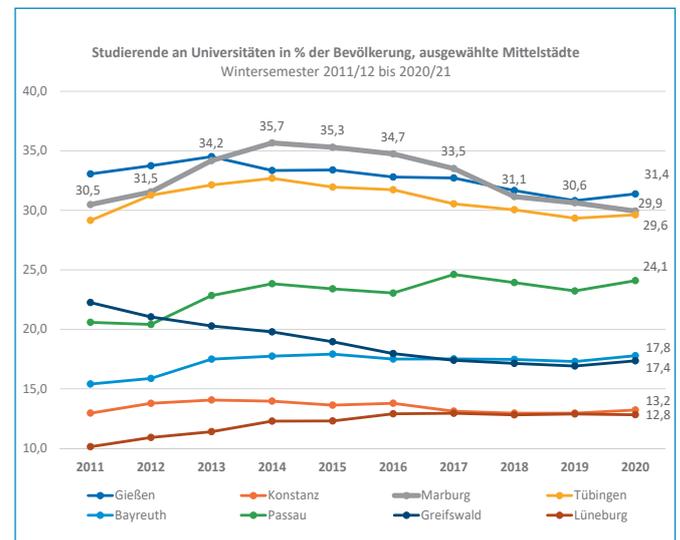


Abb. 4: Marburg zählt zu den Mittelstädten mit einer der höchsten Studierendenquoten (Universitäten), Quellen: Eigene Darstellung, Genesis-Online; Regionalstatistik.de

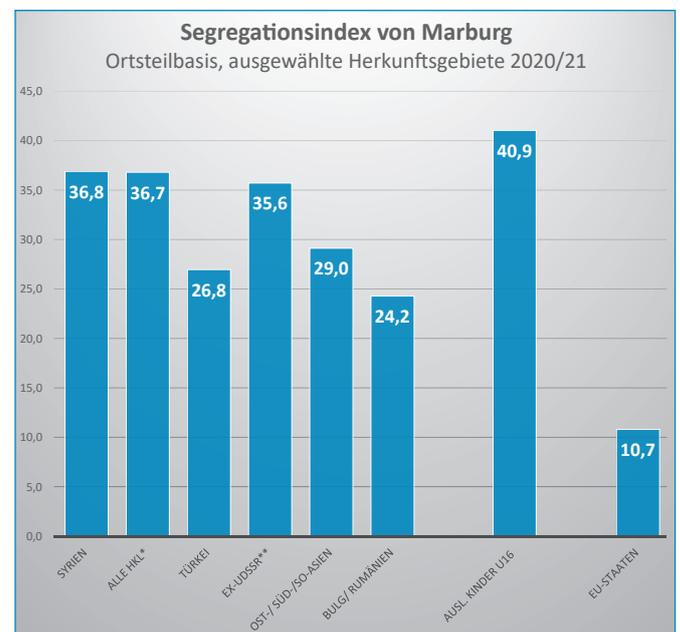


Abb. 5: Der Segregationsindex gibt Auskunft über die soziale Mischung in Marburg, Quellen: Eigene Darstellung; Ausländerbehörde Marburg

- In Marburg sind, ähnlich wie in anderen Universitätsstädten mittlerer Größe, **jüngere Kreativmilieus** überdurchschnittlich stark vertreten, insbesondere Expativ. Deutlich nach unten abweichend ist jedoch der Anteil von Milieus mit Migrationshintergrund. Eine besonders große Lücke besteht bei Zugewanderten aus EU-Staaten im Rahmen der Arbeitsmigration.
- In den meisten Ortsteilen ist eine ausgewogene **soziale Mischung** festzustellen, auch im Hinblick auf die Milieu- und Kaufkraftverteilung (siehe Abb. 5). In vier Ortsteilen konzentrieren sich allerdings Menschen in sozial schwieriger bis prekärer Lage. Dazu trägt auch die räumliche Verteilung des geförderten Wohnungsbestands bei. Folge ist eine Verstärkung der **Segregation**, die nicht zuletzt Menschen mit Fluchthintergrund, insbesondere Familien mit Kindern, Sozialtransferbeziehende, aber auch Seniorinnen und Senioren im SGB-XII betrifft und bei Geflüchteten weiter zugenommen hat. Erforderlich ist unter anderem eine verstärkte dezentrale Unterbringung sowie eine Verbesserung der Kooperation beim Berufseinstieg.
- Eine wichtige Rolle unter den Rahmenbedingungen kommt dem **ökonomischen Strukturgefälle** zum umliegenden Landkreis zu. Dort entfällt auf das Verarbeitende Gewerbe weiterhin ein großer Beschäftigungsanteil, während die Stadt von der Pharmaindustrie, der Medizin und dem Wissenschaftsbetrieb geprägt ist. Für viele Studierende ist die Vielfalt des Jobangebots zu gering, während die Stadt, der allgemeinen Lage entsprechend, zugleich Fachkräfte gewinnen möchte. Für einen entsprechenden Erfolg fehlen jedoch einige Voraussetzungen, u. a. beim Wohnungsangebot.
- Tatsächlich ist der **Wohnungsmarkt** weiterhin stark auf studentisches Wohnen fokussiert, welches sich neben den Wohnheimen vor allem auf das Stadtzentrum konzentriert. Es fehlen dagegen bezahlbare Wohnungen mittlerer Größe im

verdichteten Stadtraum, etwa um die Ansprüche von Fachkräften aus dem Performer- oder dem Pragmatischen-Milieu zu befriedigen, sowie Möglichkeiten zur Wohneigentumsbildung. Letzteres zeigt sich auch im verstärkten Familienwegzug ins nähere und weitere Umland. Zugleich muss der **geförderte Bestand** ausgebaut werden und zudem das Bindungsende vieler Wohnungen in den kommenden Jahren kompensieren. Dabei erscheint eine breitere räumliche Verteilung im Stadtgebiet erforderlich.

- Eine wichtige Rolle in der Untersuchung spielte das Thema **Ausweisung von Milieuschutzsatzungen**. Mit Hilfe der Geo-Milieu-, Kaufkraft- und Sozialdaten konnte jedoch nachgewiesen werden, dass eine allgemeine Verdrängungsgefahr für die angestammte Bevölkerung in den Teilgebieten aktuell nicht besteht – unabhängig von Angebotsdefiziten in einigen Segmenten.
- Für die Vorbereitung, Gestaltung und Evaluation der **Beteiligungsverfahren** in Marburg bieten Milieuwissen und Geo-Milieudaten eine wichtige Ergänzung und Unterstützung. Milieugerechte Ansprache und Kommunikation, ein entsprechender Zuschnitt der Agenda und die Ermittlung des Inklusionserfolgs sind in diesem Kontext besonders hervorzuheben. Das umfangreiche Beteiligungsangebot der Stadt bietet gute Voraussetzungen für eine solche Ergänzung.

Das Beispiel der Universitätsstadt Marburg verdeutlicht – ungeachtet ihrer weit überdurchschnittlich teilhabeorientierten und sozial engagierten Politik und Verwaltung – auch für attraktive mittelgroße Kommunen das Erfordernis, sich an verändernde Bedingungen anzupassen und dabei eine „linienübergreifende“, **integrierte Stadtentwicklungsstrategie** zu verfolgen, welche Ziele und Maßnahmen definiert und aufeinander abstimmt. Ein um das Milieuwissen erweitertes **Monitoring** bildet dafür eine wichtige Grundlage.

Mittelgroße Universitätsstädte müssen angesichts der demografischen „Delle“ bei Studienanfängerinnen und -anfängern ihre Beschäftigungs-, Wohnungs- und Infrastrukturangebote weiter diversifizieren, um auch für andere Bevölkerungsgruppen kompensatorisch attraktiv zu werden.

Die Voraussetzungen dafür sind zwischen den Städten zwar teilweise ähnlich; unterschiedliche regionale Strukturen und Entwicklungen lassen eine übergreifende Bewertung jedoch nur in begrenztem Maße zu.

1.7 Symbolische Orte als Potenzial der Stadtentwicklung

Symbolische Orte verfügen in der Regel über einen Bedeutungsüberschuss bzw. einen geistigen Mehrwert, der sich nicht allein aus dem physischen Ort heraus ergibt.

Vielmehr berichtet der Ort über Geschichten, Ereignisse und Mehrwerte, die mit dem Ort in Verbindung gebracht werden können und für die ein solcher Ort symbolisch einsteht.



So ist heute das Brandenburger Tor (Foto), um ein einfaches Beispiel zu nennen, einst eines von vielen Stadttoren in Berlin, später Symbol der deutsch-

deutschen Teilung, das herausragende Symbol des Falles der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Symbolische Orte sind in der Regel auch mit einem bestimmten Maß an kollektiver Identität bei den Bürgerinnen und Bürgern verbunden, einfach, indem der symbolische Gehalt des Ortes von vielen anderen geteilt wird. Gerade als wenig erschlossene Potenziale gewinnen symbolische Orte in Fragen der strategischen Stadtentwicklung seit vielen Jahren an Bedeutung. Dies gilt insbesondere im Kontext von stagnierenden, schrumpfenden sowie städtebaulich oder sozial benachteiligten Quartieren und Städten, bei denen man sich anhand von symbolischen Orten und Identitätsentwürfen, die es zu befördern gilt, positive Impulse und Effekte für die Stadtentwicklung erhofft. So z. B. im sozial benachteiligten Stadtteil Schalke in Gelsenkirchen, wo man als Beitrag zur Quartiersentwicklung über den Wiederaufbau des Eingangsportales der berühmt-berüchtigten „Glückauf-Kampfbahn“ (Foto) nachdenkt.



Oder z. B. die ehemalige Zeche Carl in Essen, ein kulturell, historisch wertvolles Ensemble und Baudenkmal, in welchem man zahlreiche Stadtentwicklungsprojekte unterbringen und befördern kann.

Ursprünglich war das Projekt „Symbolische Orte“ als eintägiger Workshop in Essen gedacht, der im April

2020 anhand von zwei ausgewählten Fallbeispielen, der Zeche Carl in Essen sowie der Schalcker Meile in Gelsenkirchen, die Bedeutung symbolischer Orte herausarbeiten sollte. Dabei sollte der Workshop in ausgewählten Beiträgen der Frage nachgehen, was genau symbolische Orte und kollektive Identitätswürfe auszeichnet, wie sie funktionieren, welchen Anforderungen sie unterliegen, welches Potenzial sie mit Blick auf die integrierte, nachhaltige Quartiers- und Stadtentwicklung aufweisen und nicht zuletzt welchen komplexen Hemmnissen und Grenzen sie auch unterliegen. Neben der Erörterung und Diskussion der Fallbeispiele sollte dabei eine leicht verständliche Fundierung aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven im Vordergrund stehen, etwa der Geschichtsforschung, der Gesellschaftswissenschaften, der Stadtplanung und des Stadtmarketings.

Nachdem die Corona-Pandemie dem bereits weit vorangeschrittenen Workshop-Vorhaben ein nicht vorhersehbares Ende beschieden hatte, beschlossen die Projektverantwortlichen, das Thema – mit zugesagter Unterstützung der Baukultur Nordrhein-Westfalen – zunächst in einer ausführlichen Publikation zu würdigen. Dafür konnten nach aktuellem Stand 17 renommierte Autorinnen und Autoren aus England, Österreich und Deutschland gewonnen werden, die sich mit den verschiedenen Perspektiven des Themas befassen, von den mitunter fragwürdigen Top-down-über die oft unterschätzten Bottom-up-Potenziale bis hin zum schwierigen Umgang mit unliebsamen oder gar unerwünschten historischen Symbolorten. Die Fertigstellung der Publikation ist für den Herbst 2022 vorgesehen – nach Möglichkeit und vielleicht noch verbunden mit einem abschließenden Workshop in Essen zur Würdigung der Buchbeiträge.

In den vergangenen Jahren sind insbesondere im Zusammenhang mit den Debatten um Educational Governance und Bildungslandschaften Beiträge zur stärkeren Kooperation dieser Akteure gemacht worden. Dabei wurde das Bildungsverständnis um Formen des non-formalen sowie des informellen Lernens erweitert. Der vhw hat in der Vergangenheit sowohl in zahlreichen theoretisch-konzeptionellen Arbeiten, als auch in Praxisforschungs-Projekten vor Ort Vorschläge an die Fachöffentlichkeit gemacht, wie entsprechende Bemühungen zu bündeln und insbesondere partizipativ zu entwickeln sein können.

Der Bildungsdialog in der Bremer Vahr (Screenshot Projektinfo Website) soll an diese Erfahrungen anknüpfen. Zusammen mit der Gewoba-Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen als sozial engagierter Akteur der Wohnungswirtschaft und langjähriger Partner des Verbands, begleitet der vhw im kommenden Berichtsjahr diesen Dialogprozess. Ziel ist es dabei, gemeinsam mit den Bildungsakteuren vor Ort konkret umsetzbare Projekte zu entwickeln, die den Bildungsbedarfen der unterschiedlichen Bewohnergruppen im Quartier gerecht werden und in einer akteursübergreifenden Kooperation umgesetzt werden.

PROJEKTINFORMATIONEN

 **Projektpartner**
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen; Welt:Stadt:Quartier

 **Projektteam**
Sebastian Beck
[Weitere Informationen >](#)
Steffen Jahn
[Weitere Informationen >](#)
Jannis Willim
[Weitere Informationen >](#)

 **Projektdauer**
Juli 2022 – September 2023

 **Methode**
Transferveranstaltung

 **Schlagworte**
[Bildung](#) [Bildungslandschaften](#)
[Educational Governance](#)
[Bildungschancen](#)

Zentrale Elemente sind dabei eine Transferveranstaltung, bei der das **Konzept Bildungslandschaft** gemeinsam mit Akteuren aus dem Stadtteil sowie dessen Mehrwerte erörtert werden.

1.8 Bildungsdialog in Bremen-Vahr

Bildungseinrichtungen sind zentrale Infrastrukturen sowie zugleich Anlaufpunkte in Quartieren.

In Akteurs-Dialogen sollen unterschiedliche Bedarfe und Projektideen zusammengetragen und diskutiert werden. Abschließend werden die Ergebnisse beider Formate gesammelt und zusammen mit einer mög-

lichen gemeinsamen Agenda für die Bildungslandschaft vor Ort im Rahmen eines Werkstattgesprächs „Bildung und Stadtentwicklung in Bremen-Vahr“ vorgestellt.

Projektübersicht zum Forschungscluster Lokale Demokratie

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt-Nr.
City Maker Konferenz Spreepark	Mai 22	Dez 22	S. Beck	22003
Erfahrungen mit formeller Bürgerbeteiligung nach Baugesetzbuch	Mrz 22	Apr 23	T. Kuder	21015
Beteiligungsleitstelle Lichtenberg	Mrz 22	Sep 22	T. Kuder	22002
Pankow beteiligt – wissenschaftliche Begleitung	Nov 21	Aug 22	S. Beck	21024
Smarte Systemarchitektur für kommunales E-Government	Jul 21	Mrz 23	T. Kuder	21001
Gentrifizierung in randstädtischen Großwohnsiedlungen?	Jul 21	Dez 21	T. Kuder	21009
Community Center Eidelstedt	Mrz 21	Dez 21	T. Kuder	21007
Arena Stadtmacher Akademie	Mrz 21	Mai 22	S. Beck	21008
Kleinstadtakademie	Jan 21	Mrz 23	C. Höcke	21004
Infrastrukturen der Beteiligung	Feb 20	Jan 23	K. Selle	20008
Nachhaltigkeit und Dialog in Herrenberg	Jan 20	Dez 21	T. Kuder	20006
Clusterprojekt Lokale Demokratie	Jan 20	Dez 22	T. Kuder	20009
Phase Null, Rostock Toitenwinkel	Dez 19	Dez 21	S. Beck	20011
Kooperationen und Netzwerke im Sport: Ergänzungsstudie Karlsruhe	Dez 19	Nov 21	T. Kuder	20007
Stadtteilmütter II	Apr 19	Dez 22	S. Jähn	19016
Wachstumsschmerzen: Stadtentwicklung und Wohnen	Feb 19	Sep 21	T. Kuder	19004
Zur Rolle kommunaler digitaler Kommunikation im Kontext der Stärkung lokaler Demokratie	Jan 19	Jun 21	J. Aring	19010
Die (Kommunal)Verwaltung der Zukunft – die Zukunft der (Kommunal) Verwaltung	Aug 18	Aug 21	T. Kuder	18018
Bildungsdialog Bremen Vahr	Jun 18	Jul 23	S. Beck	18014

2 Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Auch in diesem Berichtsjahr hat die vhw-Forschung im Cluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt verschiedenen Prozessen und Dynamiken in Städten und Quartieren nachgespürt. Besonders im Fokus stand dabei das Thema **Urbane Resilienz**. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen für das urbane Gefüge hat in den letzten beiden Jahren auch jenseits der Fachwelt für rege Debatten gesorgt. Nach wie vor ist eine diskussionsbestimmende Frage: **Wie können wir mit Blick auf die Pandemieerfahrung Städte und Quartiere widerstandsfähiger machen?** Wurde das Konzept der Resilienz zu Beginn der 2000er Jahre vornehmlich nur in wissenschaftlichen Zirkeln verhandelt, ist es seit der Corona-Pandemie in aller Munde, und hat sogar mit dem Memorandum „Urbane Resilienz“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Mai 2021 erstmals auf bundespolitischer Ebene einen programmatischen Rahmen erhalten. Dieser Entwicklung in den fachpolitischen Debatten hat selbstverständlich auch die vhw-Forschung (weiter) Rechnung getragen. Nicht nur hat sie an dem bundespolitischen Agenda-Setting-Prozess im letzten Jahr mitgewirkt. Darüber hinaus wurden eigene Studien im Themenbereich urbaner Resilienz vorangetrieben, um zur konzeptionellen Auseinandersetzung beizusteuern, empirisch abgeleitete Ansatzpunkte für die Gestaltung resilienter Quartiere zu liefern und nach der praktischen Relevanz des Konzepts zu fragen.

Daneben sind im Berichtsjahr Projekte fortgeführt bzw. zum Abschluss gebracht worden, die bezogen auf die Kernthemen des Clusters – Quartier und Nachbarschaft, Migration und Integration, soziale Milieus oder nachhaltige Stadtentwicklung – unterschiedliche Fragestellungen bearbeiten. Es sind allesamt

Projekte, die für die Stadt- und Quartiersentwicklung wichtiges **Orientierungs- und Handlungswissen** generieren, um urbane Räume inklusiver, sicherer, resilienter und nachhaltiger zu gestalten. So geht es in den Projekten etwa um die Rolle von Stadtteileinrichtungen zur Förderung von Begegnung und sozialer Teilhabe im Quartier, um die Bedeutung von Nachbarschaften als Möglichkeitsstrukturen für Austausch, Hilfe und Solidarität, um die Relevanz urbaner Sportlandschaften für Gesundheit und Ausgleich oder um soziale Milieus zur Erkundung aktueller Entwicklungen und Ungleichheiten in urbanen Kontexten.

Über die Generierung von Orientierungs- und Handlungswissen hinaus ist selbstverständlich der Ergebnistransfer wichtig. Auch in diesem Berichtsjahr wurden Erkenntnisse aus den Forschungsprojekten in verschiedenen Publikationsformaten veröffentlicht sowie Fachveranstaltungen und projektbezogene Workshops mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt. Zudem wurde über die vhw-Denkwerkstatt Quartier aktuellen Themen und Perspektiven im Bereich der Quartiersentwicklung nachgegangen und einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht.



2.1 Urbane Resilienz: eine Richtschnur für die nachhaltige Stadtentwicklung

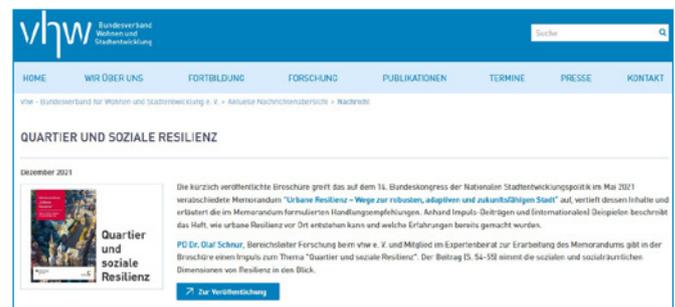
Bis vor geraumer Zeit ist in der Stadtentwicklung das Konzept der Resilienz hierzulande eher auf wenig Resonanz gestoßen; dies hat sich inzwischen schlagartig geändert. Die Corona-Pandemie gab den Anstoß dafür, erstmals einen programmatischen Rahmen auf Bundesebene zu entwickeln, um die Resilienz von Städten und Gemeinden umfassend zu steigern. Damit rücken neue Fragen in den Fokus: Was macht das urbane Gefüge widerstandsfähiger und krisenfester? Welches Handlungsrepertoire lässt sich daraus für die planerische Praxis ableiten? Und: Wie steht es um die Anschlussfähigkeit und praktische Umsetzbarkeit solcher Leitplanken? Neben der Beteiligung an der konkreten Ausformulierung des nun neu geschaffenen Handlungsrahmens zielten die vhw-Forschungsaktivitäten im Berichtsjahr auch darauf, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt: Das Memorandum „Urbane Resilienz“

Das Memorandum „Urbane Resilienz – Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt“ wurde auf dem Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2021 im großen Rahmen verabschiedet. Das Papier etabliert einen erweiterten Resilienzbegriff, bei dem es „neben der Widerstandsfähigkeit auch um das aktive Anpassen und Verändern an zukünftige Herausforderungen [geht]. Urbane Resilienz steht somit für eine umfassende Kultur, die geprägt ist durch einen gemeinsamen Perspektivwechsel, der kontinuierliches Lernen, bewährte Erfahrungen und Zukunftsvisionen ganzheitlich zusammenbringt“ (BfL 2021, S. 6). Um eine solche **Resilienzkultur** voranzubringen, empfiehlt das Memorandum daher eine Reihe von Handlungsansätzen, wie etwa:

- eine Strategie der urbanen Resilienz aufzubauen,
- bestehende Leitbilder weiterzuentwickeln,
- die regionale Zusammenarbeit zu verbessern,
- flexible Governance-Strukturen zu ermöglichen,
- zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern,
- die Potenziale der Quartiersebene zu nutzen,
- resiliente Infrastrukturen und Gesundheitsvorsorge zu schaffen,
- digitale Infrastruktur und Datensouveränität sicherzustellen,
- Zentren neu zu programmieren oder
- den öffentlichen Raum und die Mobilitätswende resilient zu gestalten.

So wichtig Grundsatzpapiere als Orientierung sind, so sehr müssen sie aber auch mit Leben gefüllt werden. Deshalb wird der Kreis aus Expertinnen und Experten, die das Memorandum erarbeitet hatten und an dem auch der vhw beteiligt ist, im neuen Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) fortgeführt. Im Nachgang zum Memorandum entstand bereits eine umfassende Publikation, die nicht nur den Memorandum-Text, sondern auch verschiedene Beiträge (ebenfalls unter Beteiligung des vhw, Screenshot Nachricht Website) enthält, welche die komplexe Thematik einordnen und kontextualisieren.



Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Auch im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 soll die Resilienz-Thematik einen wichtigen Stellenwert erhalten – hier auf der internationalen Ebene. Im Communiqué der Stadtentwicklungs- und Bauminister der G7, bei dessen Vorbereitung sich auch die vhw-Forschung mit einbringen konnte, sollen zentrale Prinzipien der integrierten Stadtentwicklung, der Neuen Leipzig-Charta sowie des Resilienz-Memorandums relevant gemacht und im nicht-europäischen Kontext platziert werden. Der vhw macht darüber hinaus Resilienz zum Thema verschiedener eigener Forschungsaktivitäten, die zum einen praxisorientiert, zum anderen auch grundsätzlicher Natur sind und fragen, welchen konzeptionellen Beitrag Resilienz zur Nachhaltigkeit bzw. zur Großen Transformation leisten kann (siehe folgende Abschnitte). Ebenso finden sich inzwischen Vorträge zur urbanen Resilienz im vhw-Portfolio, sodass das weite Feld der resilienten Stadtentwicklung zunehmend auch mit anderen Stakeholdern, wie zum Beispiel Wohnungsunternehmen, diskutiert wird.

Resiliente Quartiere – was lernen wir aus der Pandemie?

Die Corona-Pandemie brachte deutlicher als zuvor zu Tage, woran es in Quartieren und Nachbarschaften fehlt, aber auch welche Widerstandskräfte sie haben. Beides liefert wertvolle Hinweise dafür, um urbane Räume künftig resilienter zu gestalten. Aus diesem Blickwinkel befasst sich das vhw-Forschungsprojekt „Resiliente Quartiersentwicklung im Spiegel der Corona-Krise“ mit der Situation in benachteiligten Stadtteilen während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020. Benachteiligte Quartiere waren – vor allem aufgrund der sozioökonomischen Zusammensetzung der Bewohnerschaft und vorhandener städtebaulicher Missstände – von den negativen Folgewirkungen der Krise und den erlassenen Kontaktsperrungen stark betroffen. Was Quartiere robust und krisenfest, oder eben verletzlich und störanfällig macht, offenbaren

daher die Stadträume im Besonderen. In dem Projekt wurden zwei Berliner Quartiere genauer untersucht: das Kosmosviertel, eine Großwohnsiedlung am östlichen Stadtrand, und der Soldiner Kiez, ein innenstadtnahes, einfaches Wohnquartier mit überwiegend gründerzeitlicher Bebauung. Gespräche mit Vor-Ort-Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen gaben Einblick in die Lebensumstände vor Ort und die Quartiersarbeit während des ersten Lockdowns. Erste Zwischenergebnisse des Projekts verdeutlichen dabei, dass die Stadtteilakteure mit ihrer sozialraumorientierten Arbeit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag dazu leisteten, die sozialen Auswirkungen der Krise vor Ort abzumildern. Jedoch waren sie durch die Pandemie und die erlassenen Kontaktbeschränkungen zunächst selbst einem erheblichen Veränderungsdruck ausgesetzt – wie die folgenden Punkte zeigen:

1. **Interne Arbeitsfähigkeit:** Dem Großteil der befragten Einrichtungen in beiden Quartieren gelang es, die interne Arbeitsorganisation an die neue Lockdown-Situation anzupassen. Viele stellten auf Homeoffice um, allerdings war diese Umstellung meist mit einigen Mühen und Improvisationsvermögen verbunden, bedingt durch eine mangelnde technische Ausstattung (Endgeräte, Zugang zu internen Netzwerken und Email), fehlende digitale Kompetenzen oder eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten digitaler Dienste. Trotz allem haben sich nach einer Such- und Experimentierphase in vielen Einrichtungen (neue) digitale Kanäle für die interne Kommunikation etabliert, die die Arbeitsorganisation unter den veränderten Gegebenheiten erheblich erleichtert haben. Entscheidend für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit waren außerdem ausreichend personelle Ressourcen, um bei Ausfall von Mitarbeitenden genügend Spielraum und Flexibilität zu haben. Genauso kam es darauf an, dass schnelle Rückkopplungen mit den übergeordneten Ebenen (Bezirk bzw. Senat) möglich waren und Finanzierungen während der

Krise nicht ausgesetzt wurden. So war man auch in dieser Ausnahmesituation handlungsfähig und konnte in den Nachbarschaften Unterstützung anbieten.

2. **Zielgruppenkommunikation:** Die befragten Einrichtungen suchten unmittelbar nach Inkrafttreten des Lockdowns den Kontakt zu ihren Zielgruppen und gingen damit einen weiteren wichtigen Schritt, um den Menschen im Kiez in dieser Ausnahmesituation unterstützend zur Seite stehen zu können. Den Kontakt unter den veränderten Gegebenheiten herzustellen, verlangte von den Akteuren jedoch erhebliche Anpassungsleistungen, basierte doch der Zielgruppenkontakt vor Pandemiebeginn fast ausschließlich auf der offenen Kommunikations-Struktur der Einrichtungen. Neue Kommunikationswege mussten deshalb erst gefunden werden. Digitale Kanäle, besonders Social-Media-Plattformen und Messenger-Dienste, waren oft das Mittel der Wahl. Auf diese Kanäle ad hoc umzustellen, war einigen Einrichtungen jedoch nicht möglich, denn so war die digitale Zielgruppenkommunikation bisher kaum gelebte und eingeübte Praxis – aus unterschiedlichen Gründen (z. B. fehlende Kompetenzen im Team, Datenschutzfragen, keine vorhandenen Kontaktdaten für die digitale Ansprache). Trotzdem gab die Krise in verschiedenen Einrichtungen den Anstoß dafür, sich des Themas anzunehmen und neue Kanäle und Formate zu erschließen. Für Einrichtungen, die bereits über soziale Netzwerke (z. B. bei Social-Media-Plattformen) oder Verteiler (wie Mailinglisten oder Newsletter) verfügten, war es in der Lockdown-Situation wesentlich einfacher, den Kontakt zur Zielgruppe zu halten.
3. **Angebotsgestaltung:** Die Stadtteilakteure waren besonders in der Anfangszeit der Pandemie ein wichtiger stabilisierender Faktor in den untersuchten Kiezen. Sie initiierten ad hoc Aktivitäten in den Nachbarschaften, reagierten auf Bedarfe und

Problemlagen, organisierten Hilfe und Unterstützung und standen als Ansprechpersonen weiterhin zur Verfügung, während viele öffentliche Stellen nicht mehr zu erreichen waren. Trotz begrenzter Ressourcen – zeitlich wie personell – und teils unklarer Vorgaben für die Gestaltung der Stadtteilarbeit unter pandemischen Bedingungen war es ihnen darüber hinaus möglich, ihre Angebote kontinuierlich an sich immer wieder veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Die Einrichtungen bewiesen damit ein hohes Maß an Flexibilität. Die Krise war zugleich Anstoß für Innovationen, so stand plötzlich das Entwickeln von Online-Angeboten auf der Agenda vieler Einrichtungen. Wie reaktionsstark die Akteure hier agieren konnten, war abermals eine Frage von verfügbaren personellen Ressourcen, Kompetenzen und datenschutzrechtlichen Möglichkeiten. Die Pandemieerfahrungen verdeutlichten außerdem: Stadtteilarbeit benötigt niedrigschwellige Angebote, ob analog oder digital. Online-Formate können Offline-Formate ergänzen, aber kaum ersetzen – einerseits, weil in den Kiezen nicht alle mit entsprechenden Endgeräten ausgestattet sind oder erforderliche Anwendungen bedienen können, und andererseits, weil sich nicht alle Formate für den digitalen Austausch eignen.

4. **Stadtteilbezogene Kooperation:** Die quartiersbezogenen Akteurs-Netzwerke waren eine wichtige Ressource bei der Krisenbewältigung vor Ort. Besonders im ersten Lockdown halfen der Austausch und die Zusammenarbeit in den Netzwerken den Stadtteilakteuren dabei, sich an die veränderten Gegebenheiten anzupassen, handlungsfähig zu bleiben und auf Bedarfe im Kiez schnell reagieren zu können. Förderlich für das gemeinsame Agieren in der Krise war, dass bereits etablierte Kontakte zwischen den Einrichtungen existierten und es eine koordinierende Instanz im Stadtteil gab (z. B. Quartiersmanagement). Digitale

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Meeting-Plattformen und Messenger-Dienste erleichterten es auch hier, den gemeinsamen Austausch unter den veränderten Rahmenbedingungen zu organisieren. Dennoch lagen bei den Akteuren ungleiche Voraussetzungen vor (z.B. hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten digitaler Tools oder verfügbarer personeller Ressourcen), um an den Austausch-Runden teilzunehmen und in den Netzwerken mitzuwirken, wodurch mögliche Synergieeffekte bei der Bewältigung von Aufgaben – gerade in der Krise – ungenutzt blieben. Wenngleich in dieser Zeit digitale Medien für die Kommunikationsfähigkeit in den Netzwerken äußerst wichtig waren, stellen sie für die Akteure keine dauerhafte Lösung dar. Denn insbesondere der informelle Austausch, dem für den Aufbau und die Pflege von (Kooperations-)Beziehungen eine bedeutende Rolle zugesprochen wird, käme bei Online-Formaten meist zu kurz.

Aus diesen (und anderen) Erfahrungen der Stadtteilakteure lassen sich wichtige Erkenntnisse für die Gestaltung resilienter Quartiere ableiten, die im nächsten Schritt des Projekts konkret herausgearbeitet werden sollen. Die Veröffentlichung der Studie ist für die zweite Jahreshälfte 2022 geplant.

Wie halten Sie es mit der Resilienz? Sichtweisen kommunaler Akteure

Das neue „Memorandum Urbane Resilienz“ zeugt von einem verstärkten politischen Bewusstsein für die Notwendigkeit, in der Stadtentwicklung auf resiliente Strukturen hinzuwirken – doch bleiben Fragen nach der praktischen Umsetzbarkeit auf kommunaler Ebene nach wie vor weitgehend offen. Eine sich in Vorbereitung befindliche Studie des vhw setzt genau an diesem Punkt an. Über eine Befragung kommunaler Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in ausgewählten Städten soll ermittelt werden, welchen Mehrwert sie dem Resilienz-Ansatz zusprechen, welche Herausforderungen sie bei der Implementie-

rung sehen und welche Unterstützungsbedarfe sich dabei für Kommunen ergeben. Der Befragung soll eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Resilienz-Ansatz vorausgehen, in der – basierend auf der Auswertung der einschlägigen (internationalen) Fachliteratur zum Thema – eine theoretische Verortung des Konzepts erfolgt sowie bisherige Operationalisierungsversuche speziell für die Stadtentwicklung diskutiert werden. Ziel der Studie ist es, das Konzept der urbanen Resilienz für die kommunale Praxis anschlussfähiger zu machen und relevante Erkenntnisse für eine bessere Umsetzbarkeit zu gewinnen. Die konzeptionelle und empirische Arbeit soll vor allem Orientierungswissen generieren – u.a., damit die aktuelle fachliche Debatte nicht bei einem bloßen (Re-)Labeling von bereits vorhandenen Ansätzen „guter“ Stadtentwicklung als „resilient“ stehenbleibt. Der Start des Projekts ist für das zweite Halbjahr 2022 geplant.

2.2 Begegnung schaffen im Quartier

Zusammen leben: Für dieses Anliegen engagieren sich in unseren Städten und Gemeinden zahlreiche Akteure, insbesondere aus der Zivilgesellschaft. Sie betreiben Stadtteileinrichtungen, organisieren soziale und kulturelle Aktivitäten in Nachbarschaften oder verwandeln untergenutzte (Frei-)Räume temporär zu Treffpunkten im Quartier. Ihre Arbeit ist getragen von der Überzeugung, dass es für ein gutes Miteinander im Alltag Orte und Anlässe für Begegnung braucht. Doch wie gelingt es, in Quartieren und Nachbarschaften unterschiedliche Menschen und Gruppen in Kontakt zu bringen? Und welche Impulse gehen hiervon für das Zusammenleben aus?

Begegnung vor Ort gestalten: Zehn Erfolgsfaktoren

Die nun abgeschlossene vhw-Studie „Begegnung schaffen: Strategien und Handlungsansätze in der sozialen Quartiersentwicklung“ (Screenshot Titel S. 44) gibt Einblick in die Begegnungsarbeit vor Ort – in



Quartiere und Nachbarschaften, die durch eine heterogene Bevölkerungsstruktur gekennzeichnet sind. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Aktivitäten von Stadtteileinrichtungen. In vier Fallstudien (Stadtteile: Augsburg-Oberhausen, Bergheim-Quadrath-Ichendorf, Mannheim-Jungbusch und Potsdam-Drewitz) wurde untersucht, wie sie Begegnungsangebote gestalten, wo Herausforderungen in der Arbeit liegen

und was Erfolgsfaktoren sind. Auch der Umgang der Akteure mit der Corona-Pandemie wurde beleuchtet. Schließlich waren die Einrichtungen in besonderem Maße von den erlassenen Kontaktbeschränkungen betroffen, da ihre Arbeitsweise maßgeblich auf der direkten Begegnung zwischen Menschen aufbaut. Bearbeitet wurde die Studie vom ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen: Auf Quartiersebene gibt es sehr unterschiedliche Arten von Einrichtungen, die als größere oder kleinere Treffpunkte dienen und mit ihren Angeboten Begegnungsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen schaffen. Zu nennen sind hier zunächst Einrichtungen, deren Hauptzielsetzung die Förderung von Begegnung und Austausch im Quartier ist – wie etwa Stadtteilzentren oder Nachbarschaftshäuser, die sich durch einen Plattformcharakter auszeichnen und an denen verschiedene Träger (Begegnungs-)Angebote durchführen. Davon zu unterscheiden sind Einrichtungen, deren Aufgaben primär im Bereich Bildung liegen (Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren), die zugleich aber wichtige Begegnungsorte im Quartier darstellen und sich vielerorts im Zuge einer zunehmenden Sozialraumorientierung neuen Aufgaben und Zielgruppen öffnen. Bei den Begegnungsangeboten lassen sich verschiedene, typische Formate unter-

scheiden, die sich aus Perspektive der Akteure vor Ort bewährt haben. Dazu gehören offene Treffs, gemeinschaftliche Aktivitäten, Patenprogramme, Informations- und Beratungsangebote oder Angebote mit Festival- oder Veranstaltungscharakter. Zudem gibt es eine Reihe sozialraumbezogener Aktivitäten, die Begegnung und Austausch fördern, obwohl sie primär andere Ziele verfolgen. Manchen Praxisakteuren ist dabei partiell gar nicht bewusst, dass die von ihnen durchgeführten Angebote auch Begegnung stiften. Eine künftige Aufgabe sollte daher sein, sich bei vielen Quartiersprojekten die Potenziale und die Wirkungsmöglichkeiten von Begegnung strategisch stärker bewusst zu machen.

Denn – so zeigen die Studienergebnisse – von begegnungsfördernden Aktivitäten können wichtige Impulse für das soziale Leben und Miteinander in Quartieren und Nachbarschaften ausgehen. Begegnungseinrichtungen und -angebote tragen zum Aufbau von Kontakten und Netzwerken unter den Bewohnerinnen und Bewohnern bei, ermöglichen soziale Teilhabe, Selbsthilfe und Empowerment von (benachteiligten) Gruppen und fördern Vertrautheit (public familiarity) im Quartier sowie die lokale Verbundenheit. Zudem sind Begegnungseinrichtungen wichtige Dreh- und Angelpunkte für den Ressourcentransfer – und zwar sowohl von Getting by-, als auch von Getting ahead-Ressourcen. Erstens kann das Angebot selbst als Ressource dienen, etwa wenn das Erlernen von Kompetenzen oder das Vermitteln von Informationen im Vordergrund stehen. Zweitens werden die Angebotsleitungen als Ressource wahrgenommen. Diese leisten oft Hilfestellungen, die zur Bewältigung des Alltags dienen oder für die soziale Aufwärtsmobilität nützlich sind. Drittens findet ebenso ein Ressourcentransfer zwischen den Teilnehmenden statt. Weiterhin schaffen Begegnungseinrichtungen Kontaktmöglichkeiten, welche die Wahrnehmung und Bewertung anderer Gruppen positiv verändern können. Zu den registrierten positiven Effekten durch die initiierten Intergrup-

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

penkontakte in den Angeboten gehören beispielsweise der Abbau von Anonymität und Berührungängsten, der Aufbau von Verständnis und Empathie oder das Entkräften von Vorbehalten und stereotypen Bildern. Begegnungsansätze in der sozialen Quartiersentwicklung haben jedoch auch Grenzen und Fallstricke. Verschiedene Limitationen werden in der Studie beleuchtet, die aufzeigen, dass in der Praxis ein reflexives Vorgehen nötig ist.

Auf Grundlage der empirischen Forschung konnten schließlich verschiedene [Erfolgsfaktoren für die Begegnungsarbeit vor Ort](#) herausgearbeitet werden. Sie lauten:

1. Begegnung braucht gut zugängliche Orte und gut ausgestattete Einrichtungen im Quartier.
2. Kommunale Konzepte machen Begegnungsangebote zielgerichteter und verlässlicher.
3. Quartiersanalysen für passgenaue Strategien und Konzepte durchführen!
4. Starke Netzwerke machen Begegnungsarbeit effektiver.
5. Begegnung braucht Platz für Teilhabe und Partizipation.
6. Begegnungsarbeit braucht ausreichend hauptamtliches und ehrenamtliches Personal.
7. Begegnung braucht Angebotsvielfalt und Niedrigschwelligkeit.
8. Stadtteilübergreifende Kooperationen erhöhen die soziale Diversität der Besucherstruktur.
9. Begegnungsansätze brauchen Zeit und Ressourcen für Zielüberprüfung und Reflexion.
10. Begegnung braucht Kontinuität und Finanzierungssicherheit.

Die Studie reiht sich damit in die Arbeit der vhw-Forschung rund um das Thema Quartier und Nachbarschaft ein und erweitert mit dem [Fokus auf organisierte Begegnungen](#) die bisherigen Perspektiven. Sie

liefert mit ihren Erkenntnissen wichtige Anhaltspunkte für die Gestaltung von Begegnung im Quartier – und verdeutlicht zugleich, dass dieses Handlungsfeld einem komplexen Zusammenspiel verschiedener Einflussgrößen ausgesetzt ist. Nicht zuletzt sind die Ergebnisse der vorliegenden Studie für aktuelle Debatten der Stadtentwicklungspolitik relevant, wird in der Förderung von Begegnung doch vielmals der Schlüssel für ein solidarisches und respektvolles Zusammenleben gesehen.

Die Studie wurde in der vhw-Schriftenreihe (Nr. 33) veröffentlicht, unter: <https://www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe/>

Nachbarschaften als lokales Potenzial – nicht nur für Begegnung

Die vhw-Forschung befasst sich schon seit langem und auch schon lange vor der Corona-Pandemie mit dem Thema Nachbarschaft. Das Potenzial von Nachbarschaft für sozialen Zusammenhalt und Integration, für das Gelingen lokaler Demokratie und Meinungsbildung und allgemein für eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung schien auf der Hand zu liegen, bedurfte aber eines wissenschaftlichen Updates im Zuge von veränderten sozialen, ökonomischen, ökologischen und technologischen Rahmenbedingungen. Nachbarschaft ist nach wie vor wichtig, so der Tenor, aber anders wichtig als noch vor fünfzig Jahren. Ziel ist es, das Phänomen Nachbarschaft im Zusammenhang mit dem sozialen Wandel immer besser verstehen zu lernen und gegebenenfalls neu zu kontextualisieren. Nun hat die Corona-Pandemie der Nachbarschaftsthematik einen neuen Schub gegeben. Denn: Wo ein gutes nachbarschaftliches Miteinander vorherrschte, war in der Pandemie für viele Menschen vieles leichter zu organisieren und durchzuhalten. Als zentrale vhw-Studien stehen die beiden Untersuchungen zu „Postmodernen Nachbarschaften“ und zur „Nachbarschaft als lokales Potenzial städtischer Entwicklung“ heraus, die in Kooperation mit dem Institut Sozialplanung,

Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW aus Basel/Muttenz durchgeführt und zugunsten einer Verlagspublikation noch nicht offiziell veröffentlicht wurden. Nun steht zum Ende des laufenden Berichtsjahres die Buchveröffentlichung beider Arbeiten mit einer rahmenden inhaltlichen Einführung und einem abrundenden Fazit in der Reihe „Quartiersforschung“ im Verlag Springer VS, Wiesbaden, an. Dieses für Forschende, aber auch für Praktikerinnen und Praktiker gut lesbare und dennoch methodisch und inhaltlich substanzreiche Buch leistet einen Beitrag dazu, die heutige Nachbarschaft in ihrer Prozesshaftigkeit und Nachbarinnen und Nachbarn in ihren Identitäten und ihrem alltäglichen Handeln neu zu entdecken.



Darüber hinaus wurden „Factsheets Nachbarschaft“ veröffentlicht (Screenshot Nachricht Website), in denen die folgenden acht Themenfelder behandelt und kurz und knapp aufbereitet wurden. Link: <https://www.vhw.de/forschung/denkwerkstatt-quartier/factsheets-nachbarschaft/>

- **Was sind Nachbarschaften?** Jeder kennt sie – auf ganz eigene Weise. Nachbarschaften sind immer an konkrete Menschen, ihre Tätigkeiten und sozialen Beziehungen gebunden.
- **Für wen Nachbarschaften wie relevant sind.** Ob Großmutter, Freelancerin oder Quartiersmanager: Es gibt kaum jemanden, für den Nachbarschaft keine Bedeutung hat.

- **Nachbarschaftshilfe und Unterstützung im Alltag.** Wie Du mir, so ich Dir: Nachbarschaftshilfe baut auf Prinzipien der Gegenseitigkeit und Verfügbarkeit auf.
- **Orte einer Nachbarschaft.** Nachbarschaft endet nicht an der Wohnungstür, sondern spielt sich im gesamten Wohnumfeld ab.
- **Vom Grüßen und flüchtigen Begegnungen.** „Hallo“ sagen – das war’s auch schon? Nein, denn das Beiläufige ist wichtiger, als wir denken!
- **Digitale Nachbarschaften.** Auch so klappt’s mit den Nachbarn: Digitale Medien erleichtern Kontakte.
- **Wie aus Nachbarschaft eine Initiative wird.** Fundament Nachbarschaft: Wenn Nachbarinnen und Nachbarn sich für ihr Quartier engagieren.
- **Warum Demokratie Nachbarschaften braucht.** Demokratie und demokratische Kultur beginnen dort, wo wir das Miteinander erproben: im lebensweltlichen Umfeld der Nachbarschaft.

Weiterhin spielte Nachbarschaft auch in vielen weiteren vhw-Forschungsprojekten eine Rolle, u. a. im Projekt „Perspektivwechsel“.

2.3 Die feinen Unterschiede: Soziale Milieus und Stadt

Die vhw-Forschung arbeitet zu Fragen der Stadtentwicklung schon lange mit dem Ansatz der sozialen Milieus und zeigt Zusammenhänge von sozialer Position und gesellschaftlicher Teilhabe auf. Auch in diesem Berichtszeitraum spielte der Milieu-Ansatz in verschiedenen Projektkontexten eine wichtige Rolle – so etwa in der Studie „Milieus, Fluktuation und Teilhabe in mittleren Universitätsstädten am Beispiel der Stadt Marburg“ oder auf dem Workshop „Milieuorientierte Quartiersentwicklung und Bürgerbeteiligung“ (siehe Kapitel 1.5). Im Jahr 2022 sind darüber hinaus zwei

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

weitere Aktivitäten angestoßen worden, die sich konzeptionell wie auch empirisch dem Thema soziale Milieus und Stadt zuwenden: Zum einen eine theoretische Befassung mit dem Milieu-Ansatz und seiner Verortung in der Forschung zu sozialer Ungleichheit. Zum anderen eine Neuauflage der SINUS-Trendbefragung aus dem Jahr 2015 zu Fragen von Wohnen und Stadtentwicklung.

Milieu-Konzepte im Spiegel wissenschaftlicher Diskurse um soziale Ungleichheiten

Seit einigen Jahren werden soziale Milieus zur Beschreibung und Analyse von gesellschaftlicher Diversität und sozialer Ungleichheit in der vhw-Forschung herangezogen. Aus diesem Grund hat der vhw intern ein Projekt angestoßen, um sich mit aktuellen wissenschaftlichen Perspektiven auf die Milieu-Forschung auseinanderzusetzen und die Besonderheiten und Vorteile, wie auch die Limitationen des Konzepts der sozialen Milieus genauer zu beleuchten.

Im Projekt wird zunächst die Genese Sozialer-Milieu-Konzepte nachgezeichnet und die Zusammenhänge von gesellschaftlichen Entwicklungen und den Entwicklungen theoretischer Analysekonzepte von sozialer Ungleichheit beleuchtet. Zudem wird durch den Vergleich mit anderen Theoriekonzepten, wie Klassen, Schichten und soziale Lagen, die Spezifität der Modelle der sozialen Milieus herausgearbeitet. So argumentieren Vertreterinnen von Milieu-Konzepten beispielsweise, dass soziale Milieus gesellschaftliche Gruppierungen genauer beschreiben als herkömmliche Klassen- oder Schichtkonzepte. Der Anspruch der Milieu-Modelle sei es vor allem, ein realitätsgetreues und differenziertes Abbild der sozialen Realität zu zeichnen. Die Konzepte der sozialen Milieus seien darüber hinaus sensibler gegenüber den soziokulturellen Aspekten der sozialen Ungleichheit, da sie nicht nur objektive Bedingungen, sondern gleichzeitig auch deren subjektive Bewertung erfassen. Zudem könnten sie besser als Klassen- oder Schichtmodelle Perso-

nengruppen inkludieren, die nicht in Prozesse von Erwerbsarbeit eingebunden sind, wie Rentnerinnen, Erwerbslose oder Menschen in Ausbildung. Weniger jedoch liefern Milieu-Modelle Erklärungen dafür, wie durch gesellschaftliche Strukturen und Prozesse Machtverhältnisse, Ungleichheiten und Ausschlüsse (re)produziert werden. Kurzum: Sie beschreiben eher soziale Ungleichheiten, statt sie zu erklären.

Zudem ist auffällig, dass in den Sozialwissenschaften in den letzten Jahren Diskurse um das Konzept der sozialen Milieus eher verebbten und der Begriff der sozialen Klasse wieder mehr in den Fokus rückte. In zentralen gesellschaftlichen Aushandlungen um Geschlechterverhältnisse, Rassismus und Migration, Globalisierung, Prekarisierung oder Ökologie wird in der Forschung wieder nach der Rolle von Klassenverhältnissen gefragt, um soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen und entgegenzutreten. In Anbetracht dessen wird im Projekt nicht zuletzt ausgelotet, für welche Vorhaben und Fragestellungen die differenzierten Milieu-Modelle einen geeigneten Zugang darstellen und welche Anknüpfungspunkte sie zu anderen Theorien bieten.

vhw-Trendstudie 2022 – mit dem neuen Sinus-Milieumodell

Das neue Sinus-Milieumodell wurde 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt. Aufgrund der Corona-Pandemie hatte sich die turnusmäßige Aktualisierung um zwei Jahre verzögert. Das Milieumodell erfasst die deutsche Bevölkerung, also alle Menschen ab 14 Jahren, die über einen deutschen Pass verfügen. Die Weiterentwicklung zum Milieumodell 2022, die in mehreren tausend Befragungen empirisch validiert wurde, trägt dem demographischen und sozioökonomischen Wandel des letzten Jahrzehnts sowie dem einhergehenden Wandel von Wertvorstellungen, Einstellungen und Bedürfnislagen der Menschen Rechnung.

Auf dem neuen Milieumodell aufbauend, hat der vhw nunmehr ebenfalls mit den inhaltlichen Vorberei-

tungen für eine neue [vhw-Trendstudie 2022](#) begonnen, mit der die vhw-Trendstudie aus dem Jahr 2015 aktualisiert und, den jüngeren gesellschaftlichen Entwicklungen folgend, weiterentwickelt wird. Der Fragenkatalog der Trendstudie 2015, der von rund 2.000 repräsentativ ausgewählten Befragten aus ganz Deutschland beantwortet wurde, umfasste damals die Themen sozialer Zusammenhalt, öffentlicher Raum, Wohnen, Vielfalt, Vertrauen, Partizipation und Bildung.



Derzeit wird der Fragenkatalog überarbeitet und aktualisiert, so dass voraussichtlich ab Herbst 2022 die bundesweite Befragung für die vhw-Trendstudie 2022 starten kann. Einhergehend hat der vhw begonnen, sich auch auf die Überarbeitung und Aktualisierung des „Leitfadens Milieuwissen für Stadtentwicklung und Stadtplanung“ 2.0 (Screenshot Titel) vorzubereiten, mit dem Ziel, bis zum kommenden Jahr

eine aktualisierte, leicht verständliche Fassung des Milieu-Leitfadens zu publizieren.

2.4 Migration und Integration: Neue Perspektiven einnehmen

Mit dem Forschungsvorhaben PERSPEKTIVWECHSEL, das vom Berliner Büro für Stadtforschung + Sozialplanung sowie von der B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und -modernisierung mbH in Potsdam durchgeführt wurde, wurden inhaltlich und methodisch neue Wege beschritten. Der explorative und ergebnisoffene Projektansatz trug einem zunehmenden Unwohlsein Rechnung: Sind die Methoden, mit denen wir komplexe soziale Themen häufig „beforschen“, heute eigentlich noch adäquat? Sind wir im Hinblick auf unsere Haltung als Forschende reflektiert genug? Welche Rolle nehmen wir als Forschende ein? Bleiben wir distanziert und objek-

tivistisch-abstinent in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand? Oder sollten wir auch als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler soziale Veränderungen und Verbesserungen fördern?

Wenn wir es mit sozialen Phänomenen zu tun haben wie im PERSPEKTIVWECHSEL-Projekt, also mit der mehr oder weniger gut gelingenden Integration von Zugewanderten und Geflüchteten in Nachbarschaft, Kultur oder Beruf, stellen sich solche Fragen umso mehr. Hinter diesen Fragen aus dem Alltag der Forschungspraxis verbirgt sich auch eine wissenschaftstheoretische Grundsatzdebatte über die Rolle von Wissenschaft. Wenn in diesem Diskurs vom Modus 1-Wissenschaft die Rede ist, ist die klassische akademische Arbeitsweise gemeint, hinter Modus 2 steht bereits ein erweitertes Verständnis von Forschung auch im Sinne transdisziplinärer Forschungsdesigns und einer erweiterten Forschungslandschaft. Im Modus 3 leistet Wissenschaft konsequente Beiträge zur Großen Transformation, z. B. auch mit methodischen Ansätzen wie dem Reallabor. Nicht zufällig wurde hier deshalb der komplexe Ansatz der partizipativen Forschung gewählt, der z. B. in Reallaboren zur Anwendung kommt. Weil es wenig dokumentierte empirische Arbeiten dazu gibt, war vieles im Projekt Pionierarbeit und der Reflexionsbedarf enorm.

Inhaltlich zielte das Projekt auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Projekten aus der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ab, die mit oder von geflüchteten Menschen durchgeführt wurden. Gemeinsam wurden forschungs- und praxisleitende Fragen zum Gelingen von Integration vor Ort bearbeitet. In der [Partizipativen Forschung](#) geht es um kooperative und partizipative Prozesse – also in diesem Fall darum, mit Geflüchteten zu forschen und nicht über sie.

Zum Ende dieses Berichtszeitraums wird der Abschlussbericht des langjährigen Vorhabens erscheinen. Zu einem explorativen, partizipativen Forschungsprojekt einen adäquaten Text zu formen, der

die gleichberechtigten Rollen der Forschenden und der co-forschenden Geflüchteten honoriert, der die manchmal fragilen, aber großen Erfolge mit den Geflüchteten zu würdigen weiß und am Ende noch für die Fachwelt einen methodischen Bericht im Kontext partizipativer Forschung abzuliefern vermag, war die letzte der vielen großen und kleinen Herausforderungen, die mit dem Projekt einhergingen. Die großen Freiräume im Projekt und die vielen intensiven Reflexionsphasen haben sich gelohnt. Künftige Forschungsprojekte mit partizipativen Ansätzen – im vhw oder außerhalb – werden von dieser Pionierarbeit profitieren.

2.5 Stadt in Bewegung: urbane Sportlandschaften

Die Förderung von Sport und Gesundheit ist ein zentrales Anliegen einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Sportverbände und Vereine weisen jedoch regelmäßig darauf hin, dass der Sport als gesellschaftliches Potenzial und urbane Ressource nur selten im Blickfeld der Stadt- und Quartiersentwicklung steht. Kommunalpolitik und -verwaltung sehen eher die Herausforderung, die meist ehrenamtlich organisierten Sportvereine oder – noch schwieriger – die nichtorganisierten Sporttreibenden in Planungsprozesse einzubinden.

Mit diesen Herausforderungen befassten sich zwei Forschungsprojekte im Auftrag des vhw: Prof. Dr. Michael Barsuhn und sein Team gingen der Frage nach, wie sich erfolgreiche Kooperationen zwischen Stadtentwicklung und Sport realisieren lassen (Screenshot Nachricht Website). Dazu wurden sieben Kooperationsprojekte analysiert: von der bottom-up geplanten Skateanlage auf dem Bielefelder Kesselbrink über die kooperative Planung des Cottbuser Ostsees bis zum vernetzten Gesundheitssport im Landkreis Havelland.

Zusätzlich zu diesem Forschungsprojekt, bei dem die Akteure des organisierten Sports im Vordergrund stehen, hat der vhw in Kooperation mit der Stadt Karlsruhe, Prof. Dr. Rolf Schwarz (PHK) und Dr. Hagen Wäsche (KIT) mit einer Ergänzungsstudie beauftragt, die anhand der integrierten Quartiers- und Sportentwicklung in Karlsruhe-Daxlanden den unorganisierten Sport einbezieht und die Ergebnisse in einen kooperativen Entwicklungs- und Beteiligungsprozess überführt.

Um tragfähige Kooperationen mit Akteuren aus dem Sport im Bereich der Stadtentwicklung zu initiieren, spielen die kommunalen Verwaltungen eine entscheidende Rolle. **Vier zentrale Handlungsempfehlungen** für die öffentliche Hand haben sich aus den Projekten ergeben:

1. **Förderstrukturen aufbauen:** Städtebauliche Förderprogramme stellen eine zentrale finanzielle Basis dar, um öffentliche Räume mithilfe öffentlich-privater Kooperationen für den Breitensport nutzbar zu machen. Die Sportförderrichtlinien der Kommunen lassen sich so gestalten, dass sie explizit Kooperationen, auch mit dem nichtorganisierten Sport, fördern. So können z. B. Zuschüsse für Vereine daran geknüpft werden, dass die Anlagen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen oder dass sie ihre Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum anbieten.



2. **Konsequent Flächen sichern:** Flächen für Sport, Bewegung und Gesundheit sollten im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung konsequent eingeplant und Flächenpotenziale frühzeitig gesichert werden. Aber auch bestehende Anlagen und öffentliche (Sport-)Räume sollten neu überdacht werden.
3. **Besondere Anlässe nutzen, um Sport und Bewegung zu integrieren:** Besondere gesellschaftliche Herausforderungen, zum Beispiel Klimawandel, Städtewachstum oder soziale Ungleichheit, können auch Chancen sein, neue Spielräume für Sport und Bewegung zu schaffen. Bei kommunalen Klima-Anpassungs-Strategien oder bei größeren Stadtentwicklungsprojekten wie Gartenschauen oder Bauausstellungen sollten Sport und Bewegung mitgedacht und Ideen mit den entsprechenden Akteuren vor Ort gemeinsam entwickelt werden.
4. **Netzwerke bilden und mit allen Akteuren kommunizieren:** Alle Mitwirkenden einer Kooperation müssen kontinuierlich eingebunden sein. Insbesondere in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Vereinen sind feste Ansprechpersonen und regelmäßige Steuerungsgruppen essentiell. Förderlich sind auch öffentlichkeitswirksame und zielgruppengenaue Kommunikations- und Beteiligungsformate, unter intensiver Einbindung der Sporttreibenden. Wichtig ist es auch, die Ziele, Perspektiven und finanziellen Spielräume von Kooperationen zu kommunizieren, um Reibungsverluste zu minimieren.

Die Forschungsprojekte haben gezeigt: Kooperationen von Akteuren der Stadtentwicklung und des Sports können beeindruckende Wirkungen auf Transformationsprozesse im urbanen Raum haben, wenn sie kooperativ angegangen werden. So wurde in Bielefeld beispielsweise aus einem wenig genutzten, unattraktiven Ort im Zentrum durch die Entwicklung einer Sportfreizeitanlage eine lebendige Stadtmitte

geschaffen. Auch konnten durch Projekte dieser Art die intersektorale Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung sowie die Vernetzung verschiedener Akteure vor Ort weit über die Projektlaufzeit hinaus gestärkt werden.

2.6 Kompetenzen bündeln: Denkwerkstatt Quartier



Die „Denkwerkstatt Quartier“ (Screenshot vhw Twitter) bündelt die Arbeit der vhw-Forschung rund um das Kompetenzfeld Quartier. Ihr Anliegen ist es, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Quartiersforschung einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie Akteure aus Wissenschaft und Praxis zu Themen der Quartiersentwicklung in Austausch zu bringen. Zur Vernetzungsarbeit gehört auch die Kooperation mit dem Arbeitskreis Quartiersforschung (AK QuF) der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG). Darüber hinaus richtet die Denkwerkstatt Quartier größere Fachtagungen aus, publiziert Erkenntnisse der vhw-Forschung etwa in der Buchreihe „Quartiersforschung“ im Verlag Springer VS oder

Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

betreibt einen eigenen Blog. Für diesen Blog wurden im Laufe des Berichtsjahres in prägnanten Beiträgen verschiedene Themen aufbereitet, die für aktuelle Fragen der Quartiersentwicklung interessante und relevante Impulse geben:

- Der Beitrag [„Neue urbane Agrarproduktion im Quartier: Mittendrin – und doch nicht dabei“](#) zeigt, dass es bei Urban Gardening um weit mehr geht als den Anbau von Obst und Gemüse innerhalb der Stadt und hinterfragt das Geschäftsmodell von Urban-Farming-Startups, die knappe Ressourcen im Quartier verbrauchen, dabei aber kaum lokalen Mehrwert schaffen.
- Der Artikel [„New Urban Tourism in Berlin: Quartiere zwischen Inwertsetzung und Überlastung“](#) nimmt den durch die Corona-Pandemie verursachten Einbruch der Tourismusbranche zum Anlass, darüber zu diskutieren, wie der Tourismus nach der Pandemie in nachhaltigere, quartiersgerechtere Bahnen gelenkt werden kann.
- Was bedeutet „gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung“ überhaupt? Lässt sich Gemeinwohl messen? Und wie kann es gelingen, die Wünsche und Bedürfnisse der Quartiersbewohner und -bewohnerinnen vor Ort bei der Quartiersgestaltung zu berücksichtigen? Diese Fragen diskutiert der Blogbeitrag [„Neue Modelle der Quartiersentwicklung: Wie lassen sich Quartiere partizipativ und gemeinwohlorientiert gestalten?“](#).
- Der Artikel [„Quartiersgesetze - reale Konstrukte und eine Utopie“](#) zeigt auf, dass es bei den Quartiersgesetzen, die mittlerweile in elf Bundesländern eingeführt wurden, in erster Linie um die Schaffung von Business Improvement Districts oder Housing Improvement Districts geht, wodurch vor allem Grundstücksbesitzende und Gewerbetreibende profitieren. Der Beitrag entwirft daraufhin eine Utopie, wie ein anders verstandenes Quartiersgesetz eine dauerhafte rechtliche Grundlage

für gute Quartiersentwicklung für alle Stakeholder, inklusive der Zivilgesellschaft, bilden könnte.

- Im Stil einer kleinen Reportage stellt der Beitrag [„Kiezblocks: Neue Konzepte für attraktive, lebenswerte Wohnquartiere für alle“](#) das Modell der Berliner Kiezblocks vor und erklärt, welche Vorteile sich durch einen Kiezblock für ein Quartier ergeben, welche stadtplanerischen Leitbilder mit dem Konzept der Kiezblocks verknüpft sind, aber auch, welche Hürden und Herausforderungen bei der Umsetzung vor Ort auftreten.
- Der Artikel [„Gerechtigkeit im Quartier für alle – es ist an der Zeit Mobilität neu zu denken“](#) thematisiert, dass diejenigen Gruppen, die das Quartier und seine Infrastruktur am stärksten nutzen, auch am meisten unter ungleichen und ungerechten Mobilitätsbedingungen leiden (z.B. Menschen, die Sorgearbeit leisten, von Armut Betroffene, Ältere oder Kinder). Für eine gerechte Mobilitätsplanung ist es jedoch unabdingbar, vielfältige Perspektiven zu berücksichtigen und die Nutzenden vor Ort selbst mit ihren Alltagsbedarfen und Interessen von Anfang an stärker in die Planung einzubeziehen.

Quer zu den vhw-Forschungsclustern werden in der Denkwerkstatt Quartier sowohl eigene Forschungsvorhaben umgesetzt, als auch empirische Quartiersforschung in Fremdvergabe initiiert. Im Berichtszeitraum wurde in einem vhw-Eigenprojekt der Frage nachgegangen: [Gute Quartiersentwicklung – was ist das eigentlich?](#) Dafür wurden unterschiedliche Akteurs-Perspektiven auf das ideale Quartier untersucht sowie Umsetzungs- und Entwicklungsprozesse im Zuge der (Um-)Gestaltung von Quartieren in den Blick genommen.

Projektübersicht zum Forschungscluster Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt Nummer
Wie halten Sie es mit der Resilienz?	Jun 22	Aug 23	L. Wiesemann	21016
Konferenz Forum Stadt 2023: Kiez und Stadtquartier	Mrz 22	Aug 23	O. Schnur	21022
Sinus-Trendbefragung 2022	Mrz 22	Apr 23	B. Hallenberg	19022
Soziale Ungleichheit und Milieus	Jul 21	Jul 22	N. Böcker	21019
Milieus, Fluktuation und Teilhabe in mittleren Universitätsstädten am Beispiel der Stadt Marburg	Mrz 21	Dez 21	B. Hallenberg	21006
Expertenbeirat Memorandum Urbane Resilienz	Nov 20	Dez 22	O. Schnur	21003
Resiliente Quartiersentwicklung im Spiegel der Corona-Krise	Mai 20	Okt 22	L. Wiesemann	20014
Gute Quartiersentwicklung – was ist das eigentlich?	Mrz 20	Jun 22	K. Krüger	21021
Kooperationen und Netzwerke im Sport: Ergänzungsstudie Karlsruhe	Dez 19	Feb 22	T. Kuder	20007
Atmosphären als Ressource von Partizipation und der Quartiersentwicklung (ARPEQ)	Okt 19	Sep 22	O. Schnur	19015
Denkwerkstatt Quartier	Dez 18	Dez 22	O. Schnur	19002
Kooperationen und Netzwerke im Sport (Sportlandschaften)	Okt 18	Feb 22	T. Kuder	18036
Perspektivwechsel – Kooperative und partizipative Forschung zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten	Sep 18	Sep 22	O. Schnur	18022
Begegnung schaffen – Strategien und Handlungsansätze in der sozialen Quartiersentwicklung	Aug 18	Apr 22	L. Wiesemann	18030
Nachbarschaft als lokales Potential städtischer Entwicklung	Aug 17	Aug 22	O. Schnur	17020

3 Forschungscluster Digitalisierung

Fast alle Bereiche des Zusammenlebens in Stadt und Quartier sind inzwischen von digitalen Strukturen durchzogen – von Mobilität und Infrastruktur, über nachbarschaftliche Vernetzung, Freizeitaktivitäten, Shopping und Sport bis hin zu Prozessen von lokaler Interessenbündelung, Partizipation und urbaner Governance. Inzwischen sind also die Funktionsweisen des Städtischen sowie der alltäglichen Praktiken und Erfahrungswelten der Menschen in vielen Bereichen so durch das Zusammenwirken von digitalen und analogen Strukturen geprägt, dass wir sie als **hybride Urbanität** bezeichnen können. Digitale Anwendungen und Endgeräte verbinden die Menschen auf vielfältige Weise mit ihrer städtischen Umwelt, woraus neue Räume für kollektive Aus-Handlungen, Vernetzungen, Nutzungen und Kollaboration von Stadt entstehen. Insbesondere beobachten wir das in Städten und Metropolen, die seit jeher die Kristallisationspunkte von technischen und soziale Innovationen darstellen. Aber auch das Suburbane und ländliche Gebiete werden zunehmend zu hybriden Räumen.

Im Zuge der pandemiebedingten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen sowie durch die Schließung von großen Teilen des kulturellen, sozialen und öffentlichen Lebens hat sich die Bedeutung digitalbasierter Anwendungen noch zusätzlich verstärkt. Während der physische Kontakt und die individuellen Aktivitätsmöglich-

keiten der Menschen deutlich eingeschränkt waren, wurden berufliche und private Tätigkeiten in den digitalen Raum verlagert und soziale sowie kulturelle Bedürfnisse online verwirklicht.



Digitalisierung (Foto) zeigt sich somit zunehmend als zentrale Dimension des lokalen Zusammenlebens. Die Effekte auf Nachbarschaft und Quartier, ins-

besondere im Hinblick auf eine soziale und gerechte Stadtentwicklung sind jedoch noch nicht hinreichend erforscht.

Dieser Forschungslücke widmet sich der vhw seit einigen Jahren, etwa mit den Projekten „Vernetzte Nachbarn“ (2016-2018, Auftragnehmerin: Adelphi), „Stadtmachen auf digitalen Plattformen“, mit dessen Durchführung der vhw urbanista Ende 2018 beauftragte und „Bürger*innen als Freunde? Social Media und Verwaltung“, das das Fraunhofer IAO von 2018–2021 für den vhw durchführte. Die Pandemie gab zudem neue Impulse, die Themen von Digitalität und Stadt nochmals verstärkt auf die Agenda zu setzen. Im Frühjahr 2020 startete das Projekt „Digitale Transformation im Quartier“, das als Eigenforschungsprojekt im vhw von 2020-2022 durchgeführt wurde. Im Herbst 2021 lancierte der vhw über seine Stiftung einen Call for Proposals zum Thema „Hybride Urbanität – Städtische Lebenswelten zwischen digitalen und analogen Strukturen“. Aus den vielfältigen Einreichungen erhielten die Projekte „Alltag im Quartier 4.0“ vom Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt und „Hybride Sport- und Bewegungswelten“ von der Technischen Universität Berlin den Zuschlag. Beide Projekte werden mit Mitteln aus der vhw-Stiftung finanziert.

3.1 Alltag im Quartier 4.0

Angesichts der Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens und der sozialen Kontakte im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie veränderte sich die Nutzung von Quartier und Nachbarschaft: Die eigene Wohnung, das unmittelbare Wohnumfeld und die sozialen Beziehungen im Nahraum gewannen mehr Bedeutung für die Gestaltung des Alltags. Öffentliche Räume wurden belebt und eine „neue“ Nachfrage nach nahräumlicher Versorgung, nachbarschaftlichen Kontakten, Freiraumqualität und alternativen Mobilitätsangeboten entstand. Digitale Angebote wurden

verstärkt genutzt, um sich zu informieren, Aktivitäten zu organisieren und Teilhabe zu sichern, z. B. durch Leihräder, lokale Bestell- und Lieferdienste, Freiluft-sport, Online-Yoga, lokale Facebook-Gruppen oder kontaktlose Nachbarschaftsdienste. So registrierte das Nachbarschaftsnetzwerk nebenan.de im März 2020 um vier bis fünf Mal mehr Neuanmeldungen und eine um 30 Prozent erhöhte Aktivität. Neue Lebensmittel-Lieferdienste wie Gorillas fassten Fuß in den urbanen Zentren.

Insgesamt verstärkte sich der Trend zu diesen hybriden Formen des Lebens und Arbeitens vor allem in Kernstädten. Doch auch in Stadtteilen, die als suburban zu bezeichnen sind, führen hybride Angebote verstärkt zu Veränderungen der Quartiersfunktionen und -beziehungen, wengleich die Rahmenbedingungen andere sind: Siedlungsstruktur und Versorgungsangebot sind weniger dicht und die dort verbreiteten Wohnformen stärker auf den privaten Raum ausgerichtet. Ob und wie genau in solchen Quartieren Bewohnerinnen und Bewohner sowie Akteure der lokalen Nahversorgung von solchen hybriden Angeboten und Nutzungen profitieren und inwiefern sie zu stärkerer Teilhabe, verbesserter Lebensqualität und mehr ökologischer Nachhaltigkeit beitragen, ist [empirisches Neuland](#) und soll Gegenstand dieses Vorhabens sein.

in suburbanen Stadtteilen bzw. Stadtrandlagen genutzt werden. Dabei wird eine empirische Grundlage für Orientierungswissen erarbeitet, das Praxisakteuren helfen kann, die Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung des Alltags für eine nachhaltige Quartiersentwicklung mitzudenken. So sollen die digital-analogen Praktiken dahingehend bewertet werden, welchen (positiven oder negativen) Beitrag sie zur Lebensqualität, zu umwelt- und klimaverträglichem Verhalten und neuen Geschäftsmöglichkeiten leisten. Die Ergebnisse tragen dazu bei, besser zu verstehen, wie hybride Alltagspraktiken in suburbanen Quartieren verbreitet sind, welche Bedürfnisse sie erfüllen und wie sie das Leben und Arbeiten dort beeinflussen. Drei Fragen stehen dabei im Zentrum:

1. Welche neuen Alltagspraktiken (z. B. beim Einkaufen, Fortbewegen, Erholen) sind während der Pandemie in suburbanen Quartieren entstanden und welche haben sich hybridisiert?
2. Welche neuen hybriden Angebote sind entstanden oder wurden verstärkt nachgefragt und wer profitiert davon?
3. Welche Potenziale haben sie für eine nachhaltige Quartiersentwicklung?

Das Projekt startet nun in die empirische Phase, in der in drei Frankfurter Quartieren in Stadtrandlage und einem zentral gelegenen Quartier digitale und analoge Recherchen, Fokusgruppen und Interviews mit Expertinnen und Experten durchgeführt werden sollen. Der Endbericht soll 2023 erscheinen.



Ziel des Projekts (Screenshot Nachricht Website) ist es zu untersuchen, welche hybriden Angebote durch Bewohner und Akteurinnen der lokalen Nahversorgung

3.2 Hybride Sport und Bewegungswelten in der postpandemischen Stadt – Heranwachsende zwischen virtuellen Angeboten und urbanen Aktivitäten

Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit während der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wohnungsnaher Freiraum – vom Balkon bis zum Stadtpark – insbesondere für Heranwachsende ein besonderes Potenzial für das Sozialleben und die Gesundheitsprävention darstellen. Gleichzeitig verstärkt diese Lernerfahrung das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein, dass nicht nur der institutionalisierte Sport als Stabilitätsfaktor der Gesundheit und des sozialen Zusammenhalts und als wichtiger Entwicklungsfaktor für Heranwachsende gilt. Deshalb gewinnen unorganisierte Sport- und Bewegungslandschaften und informelle Sport- und Bewegungsangebote in urbanen und virtuellen Räumen weiter an Bedeutung: Einerseits erleben Spiel-, Skateplätze, Laufstrecken, Wiesen sowie Fitness- und Calisthenics-Parks für individuelle Bewegungsaktivitäten eine hohe Nachfrage. Andererseits werden virtuelle Trainingsprogramme und nomadisierende Trainingsgruppen von jungen Abonnierenden stark nachgefragt. Nachbarschaftliche Initiativen und Sportbegeisterte gründen virtuelle Netzwerke und nutzen vielfältige Plattformen. Abseits von institutionellen Anbietern erscheinen die hybriden Sport- und Bewegungsnetzwerke als fluide Settings öffentlicher Orte und niedrighschwelliger Sportgemeinschaften, die ein neues Zusammenspiel von online, offline und hybriden Räumen konstruieren.

Das Forschungsprojekt analysiert die Neuorganisation von Bewegungsaktivitäten und Stadträumen mit Akteuren aus der Plattformökonomie, Sportunternehmen, Verwaltungen und Zivilgesellschaft. Seit der Pandemie werden insbesondere grundlegende Parameter der städtebaulichen Entwicklung (z.B. Dichte,

Mischung, kurze Wege, Freiräumqualitäten) neu verhandelt, wobei Gesundheitsprävention, Infrastruktur und Multicodierung von Flächen eine besondere Rolle einnehmen, wenn sozialen und räumlichen Ungleichheiten planerisch begegnet werden soll. Ziel ist es, die Raumwirksamkeit der Digitalisierung in den Blick zu nehmen und hybride Raumsettings innerhalb vielfältiger Wohnstrukturen der Innenstadtbezirke Berlins zu erschließen.

Parallel zur Beschreibung des transdisziplinären Forschungsbereichs „Hybride Sport- und Bewegungswelten in der Stadt“ für die Planungs- und Raumwissenschaft gründet das Projekt ein Netzwerk unter dem Titel „Hybrid Sport Berlin“ mit regelmäßigen Stakeholdertreffen. Ausgehend von digitalen Netzwerken werden Sport- und Bewegungsräume Heranwachsender und deren stadträumliche wie virtuelle Settings anhand der folgenden Fragen untersucht:

- Welche Räume werden von digitalen Sport- und Bewegungsnetzwerken angeboten bzw. genutzt?
- Wie erleben Heranwachsende selbstorganisierten Sport in urbanen Stadträumen? Welche Medien, Flächen und Infrastrukturen werden online, offline und hybrid beansprucht?
- Wie können wohnraumnahe Freiräume in unterschiedlichen Stadtstrukturen (z. B. Zeilenbau-, Großwohnsiedlung, Gründerzeitquartiere) für hybride Settings weiterentwickelt werden?

Im Sommer 2022 soll die erste empirische Exploration beginnen, die dann im Sommer 2023 weitgeführt wird. Zunächst ist ein Mapping hybrider Sport- und Bewegungsorte geplant. Anschließend daran werden Befragungen mit Jugendlichen an diesen hybriden Sport- und Bewegungsorten durchgeführt. Die Ergebnisse dieses ebenfalls von der vhw Stiftung unterstützten Projekts werden 2024 veröffentlicht.

3.3 Digitale Transformation im Quartier – Solidarität, Krisenmanagement und soziale Kohäsion

Mit dem vhw-Eigenforschungsprojekt „Digitale Transformationen im Quartier“ wurde der Bedeutungswandel von digitalen Nachbarschaftsstrukturen während der Anfangsphase der Pandemie genauer betrachtet.



Denn durch die pandemiebedingten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen verschob sich der nachbarschaftliche Austausch (Illustration) zu großen Teilen ins Digitale.

Auch im Bereich der nachbarschaftlichen Unterstützungen, z. B. das Einkaufen und Botengänge für die sogenannte Risi-

kogruppe, nahmen digitale Tools für die Organisation und Koordination des Engagements eine zentrale Rolle ein. Die Corona-Pandemie hat damit kurzfristig einen Digitalisierungsschub ausgelöst, der zumindest temporär mit einer Bedeutungszunahme der digitalen Sphäre sowie einer Hybridisierung nachbarschaftlicher Praktiken einherging.

Im ersten Teil des Projekts wurden Governance-Strukturen des Krisenengagements untersucht und es wurde der Frage nachgegangen, inwieweit unter den Bedingungen von räumlicher und sozialer Distanziertheit zivilgesellschaftliches Engagement aufgebaut und koordiniert werden konnte. Im zweiten Projektteil wurden Interaktionen auf Nachbarschaftsplattformen vor dem Hintergrund der Pandemie genauer betrachtet. Im Fokus dieses Projektbausteins standen die Fragen, wofür Nachbarschaftsplattformen während der Pandemie genutzt wurden und auf welche Art und Weise sich im Lockdown nachbarschaftliche Praktiken verstärkt ins Digitale verlagerten. Dabei wurde ebenfalls betrachtet, ob auf den Plattformen neue Formen

der nachbarschaftlichen Solidarität stattfanden, aber auch inwiefern sich hier soziale Ausschlüsse reproduzieren. Dazu wurde mithilfe eines Multi-Methoden-Ansatzes – bestehend aus quantitativen Analysen zu Anmelde- und Interaktionszahlen der Plattform nebenan.de sowie qualitativen Kommunikationsauswertungen und Interviews – digitale Nachbarschaftsinteraktionen in verschiedenen urbanen und sub-urbanen Quartieren in Berlin während des ersten Jahres der Corona-Pandemie untersucht.

Wir konnten feststellen, dass auf digitalen Nachbarschaftsplattformen substanzielle Interaktionen in Zeiten der Pandemie stattfanden: Über digitale Nachbarschaftsnetzwerke konnten Zugänge zu alltagsgegenständlichen Ressourcen, zu wichtigen lokalen Informationen und zum Teil zu nachbarschaftlicher Hilfe geschaffen werden. Darüber hinaus trugen die Vernetzungen im Digitalen insbesondere, aber nicht nur in Zeiten restriktiver Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen, zum „doing neighborhood“ – also zur Herstellung von Nachbarschaftlichkeit – bei. Viele Praktiken, die als relevant für die Herstellung von Nachbarschaft betrachtet werden, fanden sich in den digitalen Nachbarschaftsnetzwerken. Insbesondere das Kommunizieren miteinander, Hilfeleistungen in der Not, Aushandlung von Konflikten sowie Konfliktvermeidung, Aufeinander-Acht-Geben sowie soziale Kontrolle konnten verstärkt beobachtet werden. Nachbarschaftliche Praktiken, wie das Koproduzieren von Stadt, wurden ebenfalls im Digitalen organisiert und beworben.

Während folglich argumentiert werden kann, dass digitale Nachbarschaftsplattformen essentielle Elemente der nachbarschaftlichen Interaktion darstellen, ist ihre Ausprägung in verschiedenen Sozialräumen sehr unterschiedlich. Im Rahmen der im Projekt durchgeführten raumbezogenen Auswertung wurde deutlich, dass die Teilnahme an digitalen Plattformen vor allem in Nachbarschaften verbreitet ist, in denen soziale Milieus der gesellschaftlichen Mitte domi-

nieren, während in Quartieren, in denen eher ältere, weniger einkommensstarke Milieus leben, digitale nachbarschaftliche Vernetzungen kaum vorhanden sind. Die Vorteile der Digitalisierung wirken sich somit nicht auf alle Teile der Gesellschaft in gleicher Weise aus und hier wird die Gefahr gesehen, dass sich so sozialräumliche Ungleichheiten noch verschärfen. Das Projekt wurde im ersten Halbjahr 2022 abgeschlossen, die Ergebnisse werden demnächst in vhw-werkSTÄDTEN und Fachartikeln veröffentlicht.

3.4 Entwickeln. Finanzieren. Umsetzen – Stadtmachen auf digitalen Plattformen

In den vergangenen Jahren sind im deutschsprachigen Raum verschiedene digitale Plattformen initiiert worden, die auf das Entwickeln oder Finanzieren von Bürger-Projekten in der Stadtentwicklung zielen und sich dabei die Prinzipien des Crowdsourcings und Crowdfundings zunutze machen. Im vhw-Forschungsprojekt „Stadtmachen auf digitalen Plattformen“ (Screenshot Label) wurden diese Plattformen auf den Prüfstand gestellt und ihre Qualitäten beleuchtet, aber auch ihre Probleme und Herausforderungen.



Untersucht wurden Plattformen zur reinen Ideenproduktion, aber auch Crowdfunding-Plattformen oder solche, die verschiedene Ansätze von Crowdsourcing bis Crowdfunding kombinieren. In der Regel

werden die Plattformen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, von kommunalen Verwaltungen oder von privatwirtschaftlichen Anbietern betrieben.

Im Forschungsprojekt wurde der Frage nachgegangen, inwiefern diese Plattformen ein Inkubator für bürgergetragene Projekte in der Stadtentwicklung sind. Klar ist, die Plattformen verhelfen dazu, Ideen der Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung von Stadt sichtbar und öffentlich zu machen. Sie stellen eine Infrastruktur bereit, mit der Bürgerinnen und Bürger um Unterstützung für ihre Ideen werben können und die eine Professionalisierung ihrer Anliegen ermöglicht. Sie helfen dabei, eine Community aufzubauen und die Projektidee auf Relevanz und Zuspruch zu testen. Interessierte können über die Plattformen Projektideen finden und unterstützen, die sie gern in ihrer Stadt oder Nachbarschaft umgesetzt hätten. Durch ihr Mitwirken an der Realisierung der Projektidee – sei es durch finanzielle Unterstützung, durch Knowhow oder das Übernehmen einzelner Aufgaben – kann ein starkes Gefühl der Identifikation entstehen: nicht nur mit dem Projekt, sondern auch mit dem eigenen Umfeld. Diese Erfahrung von gemeinsamem Engagement und Mitgestalten kann wiederum die lokale Demokratie stärken.

Doch gerade diese Möglichkeiten der Teilhabe finden auf den Plattformen noch viel zu wenig statt. Technisch gesehen fehlen Funktionen, die auf den Plattformen tatsächlich Räume für Austausch, Dialog und kollaboratives Arbeiten öffnen. Viel schwerer wiegt allerdings ihre geringe Reichweite. Ein breites Spektrum an Mobilisierungs- und Vernetzungsmaßnahmen ist erforderlich, um Resonanz zu erzeugen, viele Ideen und Projekte auf die Seite zu ziehen und eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Genauso gilt es, die Plattform fortlaufend zu pflegen sowie sie technisch und konzeptionell weiterzuentwickeln. All dies verlangt personelle und finanzielle Ressourcen, die aber den meisten, insbesondere zivilgesellschaftlichen und kommunalen Plattformbetreibenden, fehlen.

Als zentraler Knackpunkt stellten sich in der Studie Partnerschaften und Kooperationen heraus. Mithilfe von Partnerschaften können die Plattformen nicht nur ihre Reichweite erhöhen und den Kreis an Nutzenden erweitern, sie eröffnen auch neue Finanzierungswege oder eben eine direkte Anbindung an die Stadtverwaltung. Die Projektteams wiederum profitieren von einer größeren Reichweite ihrer Projektideen und gegebenenfalls von zusätzlichen Ressourcen, die die Kooperationspartnerinnen einbringen, wie etwa Beratung oder eine Kofinanzierung. Und schließlich gewinnen auch die Kooperationspartner, indem

sie neue Projektideen für die Stadt ermöglichen, in Austausch mit neuen Akteuren treten und mit der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung ihr Image stärken. Wenn also alle relevanten Akteurinnen ihre jeweiligen Stärken mit einbringen und zusammenarbeiten, können die Plattformen zu hilfreichen Werkzeugen für das Stadtmachen werden und das Ziel einer co-kreativen Stadtentwicklung gelingen.

Das Projekt wurde Ende 2021 abgeschlossen und der Endbericht wird demnächst erscheinen.

Projektübersicht zum Forschungscluster Digitalisierung

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt Nummer
Hybride Sport- und Bewegungswelten	Mär 22	Jan 24	N. Böcker	21017
Alltag im Quartier 4.0	Dez 21	Aug 23	N. Böcker	21018
Digitale Transformation im Quartier	Mai 20	Juni 22	N. Böcker, S. Jähn, A. Becker	20013
Bürger*innen als Freunde? Social Media und Verwaltung	Nov 18	Jun 21	A. Becker	18033
Entwickeln. Finanzieren. Umsetzen – Stadtmachen auf digitalen Plattformen	Dez 18	Sep 21	L. Wiesemann	18026

4 Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

Auch im Berichtszeitraum 2021/2022 setzte sich der politische und (fach-)öffentliche Diskurs über eine soziale Wohnraumversorgung sowie über eine nachhaltige, klimaangepasste Stadtentwicklung weiter fort (Screenshot Nachricht Website).



Angesichts der bestehenden Krisen – von der Corona-Pandemie über die Invasion Russlands in der Ukraine bis hin zum voranschreitenden Klimawandel – tritt die soziale und ökologische Dimension von Wohnen und Stadtentwicklung immer deutlicher zutage. Angespannte Wohnungs- und Bodenmärkte, extreme Wetterereignisse, eine neue inflationsbedingte Armutgefährdung, Flucht und Migration, der demografische Wandel, neue Wohnpräferenzen aufgrund von Veränderungen in der Arbeitswelt – um nur einige wenige Beispiele mit Auswirkungen auf das Handlungsfeld Wohnen und Stadt zu nennen – zeigen einen kontinuierlichen Wandel auf, dem sich der Städtebau, die Stadtentwicklung und die Wohnungspolitik bei der Bewältigung heutiger und zukünftiger Herausforderungen stellen muss. Im Folgenden soll diese zugespitzte, außergewöhnliche Gemengelage und deren Wirkung auf die Märkte zunächst eingehender dargestellt werden.

Danach wird auf die konkreten Forschungsprojekte eingegangen, die im Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung angesichts der angesprochenen Entwicklungen und Dynamiken sowie der Fragen zur Ausgestaltung und Umsetzung einer sozialen, resilienten und nachhaltigen Wohnraumversorgung und Stadtentwicklungspolitik im Berichtszeitraum initiiert und durchgeführt wurden.

4.1 Vom Krisengewinner zum Sorgenkind? Wohnen in Zeiten von Corona und des Kriegs gegen die Ukraine

Der Wohnungsmarkt gerät unter Druck

Im zweiten Halbjahr 2021 und im ersten Halbjahr 2022 setzte sich im bundesdeutschen Mittel die Preisralle auf dem Wohneigentums- und – allerdings auf einem moderateren Niveau – auch auf dem Mietwohnungsmarkt zunächst weiter fort, mit der Folge eines weiteren Auseinanderdriftens beider Märkte. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohneigentum bestätigt zudem seine derzeit (noch) ungebrochene Attraktivität sowohl als Kapitalanlage als auch zur Selbstnutzung. Waren zu Beginn der Corona-Krise vor allem die unsicheren Zukunftsperspektiven – auch mit Blick auf die Wohnfrage und Vermögensbildung – die Treiber der hohen Nachfrage, kommen seit der zweiten Jahreshälfte 2021 zunehmend die hohe Inflationsdynamik und der damit verbundene Run auf das vermeintlich inflationsgeschützte ‚Betongold‘ sowie seit Beginn des Jahres 2022 die Angst vor stark steigenden Finanzierungskosten hinzu; so haben sich die Zinsen für Hypothekenkredite seit Ende des Jahres 2021 bis zur Mitte des Jahres 2022 mehr als verdoppelt.

Die neuen Motive für die Eigentumsbildung sind jedoch zugleich auch ein Anzeichen für die sich drehende Stimmung auf den Wohn- und Immobilienmärkten. Die immer drängenderen Fragen zur Bewältigung des Klimawandels – und im Kontext Wohnen die Fragen

nach einer wirtschaftlich effizienten und zudem sozialverträglichen Kostenverteilung beim energieeffizienten Wohnungsneubau oder der energetischen Bestandsentwicklung –, die restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bei wichtigen internationalen Produktions- und Handelspartnern (allen voran China) und nicht zuletzt die russische Invasion in die Ukraine mit ihren mittel- und unmittelbaren Auswirkungen auf das Handlungsfeld Wohnen hinterlassen immer tiefere Spuren. Stark steigende Energie- und Baumaterialpreise – zurzeit verzeichnet die Bauwirtschaft den höchsten Anstieg der Baupreise seit über 50 Jahren –, Kapazitätsengpässe in der Baubranche, unterbrochene und verzögerte Lieferketten, ein hoher Inflationsdruck, eine auch im Euroraum bevorstehende Zinswende und nicht zuletzt die Herausforderungen bei der Baulandbereitstellung lasten zunehmend auf den Wohnungsmärkten. Exemplarisch für die sich drehende Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt steht die Entwicklung des Deutschen Hypo-Immobilienklima-Index, der ein Stimmungsbild der Immobilienbranche widerspiegelt. So ist nach einem Einbruch zu Beginn der Pandemie und einer anschließenden Erholung seit November 2021 ein nahezu kontinuierlicher Rückgang des Indexwertes für das Segment Wohnen zu verzeichnen (Indexwert Wohnen im November 2021: 154,6, Indexwert Wohnen im Juni 2022: 109,5) (bulwiengesa/Deutsche-Hypo (2022)).

Auswirkungen auf die soziale Wohnraumversorgung

Deutlich werden die Auswirkungen der aufgezeigten Entwicklungen u.a. im Wohnungsbau. Bereits im Jahr 2021 ist die Anzahl der neu gebauten Wohnungen im Vergleich zum Jahr 2020 um 4,2 Prozent auf rund 293.000 Wohneinheiten zurückgegangen, die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnungen hingegen ist um 3,3 Prozent auf knapp 381.000 gestiegen. Ein schwieriges Baujahr wird von Expertinnen und Experten sowie von Branchenvertreterinnen und -vertretern angesichts der andauernden Herausforderungen im

Wohnungsbau zudem für das Jahr 2022 erwartet (vgl. Bauindustrie 2022). Der Abbau des Wohnraumnachfrageüberhangs in den nachgefragten Städten und Regionen gerät vor diesem Hintergrund ins Stocken und erschwert die Sicherung und Beschaffung bezahlbarer Wohnungen.



Hierbei ist zu befürchten, dass sich die Preisentwicklungen in absehbarer Zeit in weiter steigenden Mieten und Preisen und damit in steigenden Wohnkosten widerspiegeln werden, wie Aussagen aus der

Wohnungswirtschaft vermuten lassen (vgl. Handelsblatt 2022). Die preistreibenden Effekte dürften sich hierbei sowohl auf die Mietnebenkosten (steigende Energiekosten), als auch auf die Kaltmieten (steigende Baukosten) auswirken und damit die Zahlungsfähigkeit der Mieterinnen und Mieter sowie ihre Möglichkeiten, sich auf dem freien Wohnungsmarkt mit bedarfsgerechtem Wohnraum zu versorgen, einschränken. Nachdem die Entwicklung auf den Mietmärkten in der jüngeren Vergangenheit an Dynamik verloren hatte, droht sich der Druck auf die soziale Wohnraumversorgung durch steigende Nebenkosten und Kaltmieten damit wieder zu verschärfen. Auch wenn derzeit temporäre „Vorzieheffekte“ die Nachfrage im Wohneigentumsmarkt stützen (vgl. Haufe 2022), ist bereits heute die Wohneigentumsbildung vor allem in den nachgefragten Städten und Regionen auch für Mittelschicht-Haushalte zu einer großen Herausforderung geworden. Der Kreis an Haushalten, denen die Möglichkeit des Eintritts in den Wohneigentumsmarkt offensteht, dürfte sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zudem sukzessive verkleinern.

Angesichts der aufgezeigten Entwicklung steigt der Handlungsdruck auf die politischen Akteure, mit woh-

nungs- und stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf dem Miet- und Eigentumsmarkt Rechnung zu tragen. Die neue Bundesregierung hat sich dieser Aufgabe angenommen und in ihrem Koalitionsvertrag einen Maßnahmenkatalog formuliert, mit dem Ziel, das „Bauen und Wohnen der Zukunft bezahlbar, klimaneutral, barrierearm, innovativ und mit lebendigen öffentlichen Räumen [zu] gestalten“ (Bundesregierung 2021: S. 69). Beispielhaft hierfür stehen das von der Bundesregierung initiierte „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“, der avisierte Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich gefördert, eine Novelle des Baugesetzbuchs oder die Stärkung des Wohneigentums und der Schutz der Mieterinnen und Mieter mit Hilfe von geeigneten Instrumenten. Inwieweit die im Koalitionsvertrag fixierten Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung kommen und ihre Wirkung entfalten können, wird sich in den kommenden Jahren erst noch zeigen müssen. Deutlich wird jedoch bereits heute, dass in Anbetracht der aktuellen Verwerfungen und Krisen für die Notwendigkeit einer sozialen, resilienten und – in Zeiten des voranschreitenden Klimawandels – nachhaltigen Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik weiterhin eine hohe Dringlichkeit besteht.

Quellen:

- *bulwiengesa AG und Deutsche Hypo – Nord/LB Real Estate Finance (2022): Immobilienklima erneut im Krisenmodus. Marktbericht Juni 2022. München. Hannover.*
- *Haufe (2022): Turbulenzen am Immobilienmarkt: Fallen die Preise? Artikel der Haufe Online redaktion vom 07.06.2022. https://www.haufe.de/immobilien/entwicklung-vermarktung/marktanalysen/studie-zinswende-eingeleitet-kaufpreisverfall-unwahrscheinlich_84324_450304.html [Zugriff: 08.06.2022]*
- *Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. (2022): Baukonjunkturelle Lage: Krieg in der Ukraine bedroht Baujahr 2022. Pressemitteilung vom 31.05.2022. Berlin.*

- *Bundesregierung (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Berlin.*

4.2 Innenentwicklung als wohnungspolitische Lösung – Herausforderungen und Potenziale

In der Politik wie auch unter vielen Akteuren auf den Wohnungsmärkten herrscht der weitgehende Konsens, dass insbesondere mit einer gesteigerten Wohnungsbautätigkeit der Druck von den Märkten in den nachgefragten Städten und Regionen genommen und damit die Bezahlbarkeit von Wohnen gewährleistet werden soll. Auch die neue Bundesregierung folgt dieser weitläufigen Meinung, wie ihr im Koalitionsvertrag artikuliertes Ziel, der Neubau von 400.000 Wohnungen pro Jahr, verdeutlicht.

Damit die anvisierte Ausweitung des Wohnraumangebots durch Wohnungsneubau sichergestellt werden kann, ist es erforderlich, entsprechende Flächenentwicklungspotenziale in ausreichender Quantität und Qualität zu mobilisieren und für den Wohnungsbau bereitzustellen. Insbesondere in den nachgefragten Regionen fällt eine Mobilisierung in ausreichender Menge jedoch zunehmend schwerer, da die lokalen Bodenmärkte von Knappheiten und Hemmnissen bei der Bereitstellung von Bauland geprägt sind.

Vorrang der Innenentwicklung als städtebauliches Leitbild

Um sowohl den Flächenbedarf für den erforderlichen Wohnungsneubau zu decken, als auch die Wohnungsbautätigkeit an dem im Zuge der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie formulierten 30-ha-Ziel auszurichten, richtet sich der Fokus der städtebaulichen Praxis auf die Mobilisierung von Entwicklungsflächen für verdichtetes Bauen in den inneren Lagen der Städte und damit auf eine **Stärkung der Innenentwicklung**. Dies

findet Ausdruck in dem im Baugesetzbuch verankerten städtebaulichen Leitbild, dass der Innenentwicklung den Vorrang vor der Außenentwicklung einräumt. Das zentrale Anliegen macht der Auszug aus dem Baugesetzbuch deutlich: „Die Bauleitpläne sollen nach dem übergeordneten Planungsleitsatz des § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.“

Mit der Innenentwicklung als städtebauliches und stadtentwicklungspolitisches Konzept sind eine Reihe an Vor- und Nachteilen bzw. Herausforderungen verbunden. So ermöglicht diese u. a. zwar eine bessere Auslastung der vorhandenen Infrastrukturen, eine Reduktion von Verkehrszeiten durch eine „Stadt der kurzen Wege“, neue Impulse für die Quartiersentwicklung wie auch eine Ausweitung des Wohnraumangebots angesichts der nach wie vor hohen urbanen Wohnpräferenzen. Widerstände aus der (organisierten) Bürgerschaft gegen Neubauvorhaben, komplexe bau- und planungsrechtliche Prozesse sowie hohe Kosten der Grundstücksbeschaffung und Grundstücksaufbereitung können allerdings – insbesondere in den inneren Lagen der Städte – eine Grundstücksentwicklung erschweren oder gar unmöglich machen.

Mit dem Erfordernis, vermehrt die schwer zu mobilisierenden Flächen für den Wohnungsbau heranzuziehen, kommt es mit Blick auf eine nachhaltige, resiliente und in die Zukunft gerichtete Stadtentwicklung vermehrt zu Verteilungs-, Nutzungs- und Zielkonflikten um das knappe [Gut Boden](#). Die Notwendigkeit gleichzeitig mehr Wohnraum in den innerstädtischen Lagen zu schaffen, erforderliche Anpassungen bei der Verkehrs- sowie sozialen und technischen Infrastruktur vorzunehmen, ausreichend Gewerbeflächen vorzuhalten und Räume für

Klimaanpassungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, lässt die Herausforderungen und Grenzen der (doppelten bzw. dreifachen) Innenentwicklung mithin zunehmend deutlicher zutage treten.

Zwar wird der Diskurs über die Grenzen der Innenentwicklung und ihre „Absorptionsfähigkeit“ angesichts steigender multipler Nutzungsanforderungen an die inneren Wachstumsreserven seit vielen Jahren thematisiert. Bereits im Laufe der 2000er Jahre wurde darüber gesprochen, dass der Druck auf die Wohnungs-, Immobilien- und Bodenmärkte in damals noch ausgewählten Standorten zu einer Überforderung der Innenentwicklung führe. Dennoch sind die Städte in den Folgejahren weitergewachsen und „gefühlte“ Grenzen der Innenentwicklung wurden – je nach Sichtweise – überschritten oder verschoben, indem weitere Wohnungsangebote geschaffen, Infrastrukturen ausgebaut und neue Gewerbeflächen entwickelt wurden. Die amtlichen Statistiken der vergangenen 2–3 Jahre zeigen nun jedoch eine zunehmende Stagnation des Stadtwachstums vor allem von jenen Städten, die über eine hohe Marktanspannung verfügen.

Herausforderungen und Potenziale der Innenentwicklung – ein Diskussions- und Impulspapier

In Anbetracht der skizzierten Entwicklungen und Herausforderungen für eine nachhaltige, resiliente und bedarfsgerechte Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung hat sich der vhw den Fragen zugewandt, welche Ansätze und Perspektiven sich für einen Umgang mit den steigenden Anforderungen an die Innenentwicklung vor dem Hintergrund schwindender Flächenpotenziale ergeben. Ein wichtiger Bestandteil in diesem Diskurs wird ein Impuls- und Diskussionspapier sein, das im Frühjahr 2022 bei dem Institut Quaestio – Forschung & Beratung GmbH in Auftrag gegeben wurde. Thematisiert werden in dem Diskussionspapier, neben den Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen dem im BauGB verankerten Vorrang der Innenentwicklung und den hier-

Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

mit einhergehenden Restriktionen einerseits und der notwendigen Ausweitung des Wohnraumangebots mittels Wohnungsneubau andererseits, verschiedene Handlungsansätze, wie dieses Spannungsfeld aufgelöst werden könnte. Angesprochen werden dabei sowohl die Rolle kooperativer Strategien und die Rolle der Bodenpolitik für die Innenentwicklung als auch die Zusammenhänge der Innenentwicklung mit der Regionalplanung und Regionalpolitik sowie deren Vereinbarkeit mit den Qualitäten eines urbanen Städte- und Wohnungsbaus. Auch die (objektiven) Grenzen der Innenentwicklung, welche nur schwer auszumachen und mit weiteren städtebaulichen und darüberhinausgehenden Fragen zu verknüpfen sind, werden Gegenstand des [Impulspapiers](#) sein. Das Ergebnis der Beauftragung wird für den Sommer 2022 erwartet.

Stadtentwicklung und Wohnungsbaupolitik in angespannten Märkten – vhw-Fachtagung

Die Widersprüche zwischen den komplexen Anforderungen einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung auf der einen und begrenzten kommunalpolitischen Reaktionsmöglichkeiten auf der anderen Seite werfen die Notwendigkeit auf, sich einmal mehr mit den Erfolgsfaktoren von zukunftsweisenden Strategien der Stadtentwicklung und Wohnungspolitik in Zeiten einer dynamischen Stadtentwicklung zu befassen. In diesem Zusammenhang stellen sich wohnungs- und bodenpolitische sowie städtebauliche Fragen ebenso, wie Fragen der Bürgerbeteiligung, Klimafolgenanpassung und Resilienz.

Unter diesem Eindruck lud der vhw am 16. Juni 2022 zur hybriden Fachtagung „Stadtentwicklung und Wohnungsbaupolitik in angespannten Märkten – Politik, Wissenschaft und Praxis im Dialog“ in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften nach Berlin (Abb. 6 + 7). Rund 170 Interessierte folgten der Veranstaltung vor Ort oder an den Bildschirmen.



Abb. 6 + 7: Begrüßung durch vhw-Vorstand Prof. Dr. Jürgen Aring (Bild links) und Moderatorin Prof. Elke Pahl-Weber mit einer Nachfrage zur Keynote von Dr. Rolf Böisinger, Staatssekretär im Bundesbauministerium (Bild rechts).

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Fragen:

- Welche kommunalen Strategien verfolgen die Städte, mit Blick auf eine erfolgreiche, zukunftsfähige Stadtentwicklungs-, Städtebau- und Wohnungsbaupolitik?
- Welche strategischen Herausforderungen gilt es angesichts knapper werdender Flächenpotenziale und wachsender stadtentwicklungs- und wohnungsbaupolitischer Herausforderungen für eine erfolgreiche Innenentwicklung in den Städten zu bewältigen?

Darüber hinaus wurde mit der Veranstaltung das Anliegen verfolgt, die Perspektiven von Politik sowie von Wissenschaft und Praxis zusammenzubringen und gemeinsam zu diskutieren. Nach der Eröffnung durch den vhw-Vorstand Prof. Dr. Jürgen Aring und der Moderatorin Prof. Elke Pahl-Weber umriss Staatssekretär Dr. Rolf Böisinger für das BMWSB die stadtentwicklungs- und wohnungsbaupolitische Rahmung, mit der die anspruchsvollen Ziele der Bundesregierung realisiert werden sollen. Deutlich wurde hierbei, dass trotz eines hohen Engagements sowohl seitens der Politik als auch seitens der an der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau beteiligten Akteure, die derzeitigen stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Herausforderungen nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Akteure erfolgreich bewältigt werden können.

Im Anschluss an die Keynote des Staatssekretärs des BMWSB folgten zwei Impulsvorträge, in denen die Ergebnisse zweier vhw-Forschungsprojekte vorgestellt wurden: [Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene](#), veröffentlicht in vhw-Schriftenreihe Nr. 25, und [Wachstumsschmerzen – Kommunale Strategien und ihre Wirkungen](#), veröffentlicht in vhw-Schriftenreihe Nr. 30. Darauf aufbauend wurden weitere Ableitungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung und soziale Wohnraumversorgung gezogen.



Abb. 8 + 9: Ergebnisvorstellungen der beiden Studienauftragnehmer

Prof. Dr.-Ing. Uwe Altröck und Dr.-Ing. Grischa Berttram (beide Universität Kassel und Autoren der Studie „Wachstumsschmerzen“, Abb. 8) thematisierten in ihrem Beitrag die Zusammenhänge, die sich zwischen integrierter Stadtentwicklung, Wohnungsbaupolitik und bürgerschaftlicher Mitwirkung in Zeiten einer hochdynamischen Stadtentwicklung ergeben. Diskutiert wurden in ihrem Vortrag – wie auch in ihrer Studie – die Fragen: Wie lassen sich große, hochkomplexe Wohnungsbauvorhaben heute zu einem erfolgreichen Abschluss bringen? Und: Welche Strategien werden dabei verfolgt? Deutlich wurde hierbei: Die bei Wohnungsneubau vielfach anzutreffende Protestneigung bei Antiwachstumskoalitionen stelle keine einfache Abwehrhaltung dar, sondern sei oft mit guten Argumenten unterlegt, mit der im Rahmen einer qualitätsvollen Bürgerbeteiligung konstruktiv umzugehen sei. Wichtig sei es, bei den Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz herzustellen und Legitimation zu erzeugen.

Bernhard Faller (Geschäftsführer vom Institut Quaestio - Forschung & Beratung GmbH und Mitautor der Studie „Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler

Ebene“, Abb. 9) widmete seinen Beitrag den Herausforderungen kommunaler Wohnungspolitik bei zunehmender Bodenknappheit. Hierbei zeigte sich: Ein Kernproblem für die angespannte Situation auf den Wohnungsmärkten in den nachgefragten Städten und Regionen sei demnach die bislang nicht gelungene Wende zu einer ökologischen Stadtentwicklung, die auf eine Bewältigung des Stadtwachstums unter dem bestehenden Innenentwicklungsparadigma abziele.

Um die heutigen und zukünftigen Transformationsaufgaben im Wohnungs- und Städtebau bewältigen zu können, seien sowohl eine wirksame kommunale Boden- und Liegenschafts- als auch Planungspolitik von zentraler Bedeutung. Mit ihnen könnten die häufig dispers verteilten Flächenpotenziale gehoben werden. Nicht weniger wichtig seien darüber hinaus Stadt-Umland-Kooperationen, die einen echten Mehrwert für die räumliche Verteilung von Wachstum liefern sowie (Beteiligungs-)Formate, mit denen sich mit einem klar formulierten Anspruch und einer eindeutigen Zielsetzung nachbarschaftliche Widerstände gegen Wohnungsneubau reduzieren lassen.

Dem Motto der Veranstaltung [Politik, Wissenschaft und Praxis im Dialog](#) folgend, schloss die Fachtagung mit einer Podiumsdiskussion, in der die Referierenden sowie die kommunal Vertretenden Arne Lorz (Leiter der Stadtentwicklungsplanung der Landeshauptstadt München) und Prof. Dr. Iris Reuther (Senatsbaudirektorin der Freien Hansestadt Bremen) unter der Leitung von Prof. Elke Pahl-Weber über die Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung und Wohnungspolitik in angespannten Märkten debattierten (Abb. 10). Angesichts der Komplexität der Herausforderungen setzte sich die Runde in der Diskussion mit einem breiten Spektrum unterschiedlichster Fragestellungen auseinander: Welchen Mehrwert könnte das neue „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ für die Situation in den Kommunen liefern? Welche Erfolgsfaktoren für Bündnisse für Wohnen lassen sich auf kommunaler Ebene identifizieren?

Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

Wie ist das Ziel des Bundes, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr schaffen zu wollen, zu bewerten? Welche Rolle spielt lokale Beteiligung für die Legitimation von Städtebauvorhaben? Wie hängen Debatten über städtebauliche Qualitäten und die Umsetzung von Mengenzielen zusammen? Lassen sich mit interkommunalen Kooperationen und (neuen) Konzepten zur Nutzungsmischung der Wachstumsdruck regional besser verteilen bzw. Quartiere resilienter gestalten?



Abb. 10: Im Dialog bleiben! Die Podiumsrunde mit Arne Lorz, Bernd Faller, Prof. Iris Reuther, Dr.-Ing. Grischa Bertram, Prof. Dr.-Ing. Uwe Altrrock und Prof. Elke Pahl-Weber (v.l.n.r.)

In ihrem Abschlussstatement zur Veranstaltung fasste Prof. Elke Pahl-Weber zusammen: Die nachhaltige Stadtentwicklung und das Handlungsfeld Wohnen stünden angesichts der aktuellen Entwicklungen vor enormen Herausforderungen. Die Einsicht, den Städte- und Wohnungsbau bei der Lösung der anstehenden Aufgaben in seiner ganzen Komplexität zu betrachten, wachse jedoch rasant. Zentral hierbei sei, zukunftsfähige Strukturen nicht nur in den (nachgefragten) Städten zu schaffen, sondern ebenso in den ländlichen Gemeinden. Diese seien ebenfalls mit großen Transformationsaufgaben konfrontiert.

4.3 Boden als Schlüsselressource für eine nachhaltige Stadtentwicklung und soziale Wohnraumversorgung

Die durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland sind nach dem Statistischen Bundesamt auch im aktuellen Berichtszeitraum weiter gestiegen. Sie haben

damit neue Höchststände erreicht (vgl. Destatis 2022). Waren in früheren Jahren zumeist die Groß- und Universitätsstädte sowie prosperierende Gebiete von einer hohen Dynamik auf den Bodenmärkten betroffen, verzeichnen inzwischen – u.a. aufgrund von Veränderungen in der Arbeitswelt, forciert durch die Corona-Pandemie (Stichwort standortungebundenes Arbeiten) – auch jene Regionen deutliche Preissteigerungen, die sich zum Teil weit jenseits der Vororte der Kernstädte befinden. Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, dass im politischen und (fach-) öffentlichen Diskurs der Mangel an Bauland und insbesondere die Hemmnisse einer Mobilisierung von Entwicklungspotenzialen neben den hohen Baukostensteigerungen als wesentliche Herausforderungen für den bezahlbaren Wohnungsbau in nachgefragten Städten und Regionen gelten.

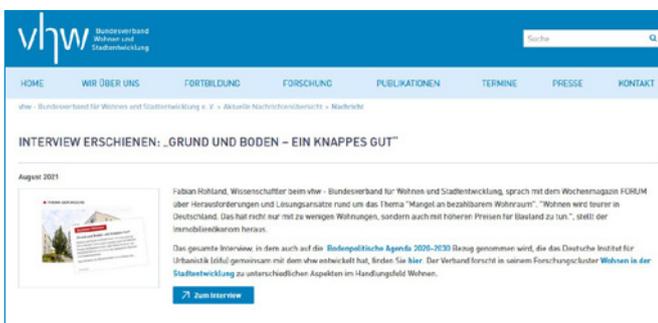
Nicht nur bei der Beseitigung der Wohnraumengpässe im preisgünstigen Wohnsegment haben die Verteilung und die Nutzung der nicht vermehrbaren Ressource Boden eine wichtige Funktion. Auch bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und den damit im Zusammenhang stehenden extremen Wetterereignissen kommt dem Boden eine Schlüsselrolle zu. Maßnahmen zur Trockenheitsvorsorge und Hitzeanpassung, zur klimatischen Entlastung und zur Überflutungsvorsorge als wichtige Bestandteile einer nachhaltigen und klimagerechten Stadtentwicklung erfordern den Zugriff auf das knappe Gut Boden; Nutzungs- und Zielkonflikte der unterschiedlichen Nutzungsarten sind vorprogrammiert. Insbesondere im Kontext der städtebaulichen Verdichtung ist daher darauf zu achten, dass dem Boden seine natürliche Funktion nicht unnötig durch Überbauung und Versiegelung genommen wird. Um Städte und Quartiere zukunftsfähig und lebenswert zu machen sowie resilient gegenüber bspw. Pandemien oder dem Klimawandel, gilt es daher, eine Balance zwischen einer sozialverträglichen städtebaulichen

Entwicklung, dem Erhalt von Umweltqualitäten sowie wirtschaftlichen Interessen zu finden.

Angesichts dieser komplexen Herausforderungen kündigte die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag an, das Baugesetzbuch mit dem Ziel zu novellieren: „seine Instrumente noch effektiver und unkomplizierter anwenden zu können, Klimaschutz und -anpassung, Gemeinwohlorientierung und die Innenentwicklung zu stärken sowie zusätzliche Bauflächen zu mobilisieren und weitere Beschleunigungen der Planungs- und Genehmigungsverfahren vorzunehmen“ (Bundesregierung 2021: S. 70).

vhw setzt Engagement im bodenpolitischen Diskurs fort

In Anbetracht der hohen Relevanz des Gutes Boden für die zielgruppengerechte Wohnraumversorgung sowie für die nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklung setzte der vhw sein Engagement für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik weiter fort (Screenshot Nachricht Website zum Interview im Forum Das Wochenmagazin am 27. August 2021)



Exemplarisch für seine Aktivitäten im bodenpolitischen Diskurs steht die Kooperationspartnerschaft mit dem „Bündnis Bodenwende“. Die in der zweiten Jahreshälfte 2020 von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V. (DASL) gegründete Initiative verfolgt das Ziel, eine grundsätzliche Debatte

über eine bodenpolitische Neuausrichtung auch auf bundespolitischer Ebene – bspw. im Rahmen einer Enquête-Kommission – anzustoßen. Dabei sieht das Bündnis einen wesentlichen bodenpolitischen Nachjustierungsbedarf, insbesondere mit Blick auf eine gemeinwohlorientierte Verteilung und Nutzung von Grund und Boden. Die gemeinwohlorientierte und ressourcenschonende Bodenpolitik wird hierbei als ein zentraler Bestandteil einer sozialen und resilienten Wohnungspolitik gesehen (vgl. vhw/Difu 2017).

Neben seinem Engagement im vopolitischen Raum unterstützt der vhw im Rahmen der [Weiterbildungsoffensive des Bundes](#) auf lokaler Ebene die handelnden Akteure der öffentlichen Verwaltungseinrichtungen bei der Bewältigung der derzeitigen Herausforderungen im Städtebau, in der Stadtentwicklung und in der Wohnungs(bau)politik. So hatte der Verband gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des BBSR im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bereits im Berichtszeitraum 2020/2021 ein Aus- und Fortbildungsangebot geschaffen, welches auch im zweiten Halbjahr 2021 und im ersten Halbjahr 2022 weiter fortgeführt wurde. Ziel des Bildungsangebots ist es, das bestehende Instrumentarium des Baugesetzbuches und der kommunalen Liegenschaftspolitik auf lokaler Ebene stärker zu verankern und Personalkapazitäten in den relevanten öffentlichen Ämtern auf- und auszubauen. Insbesondere sollen mit der Veranstaltungsreihe die Handlungsräume der Kommunen bei der Baulandentwicklung und -ausweisung (Screenshot Programm Website), bei den Genehmigungsprozessen von Bauvorhaben oder bei der Rolle als gestaltender Akteure im Wohnungsneubau vergrößert werden, die angesichts eines kontinuierlichen ‚Ausdünnens‘ der Verwaltungsapparate in den zurückliegenden Jahrzehnten zumeist aufgrund finanzieller Engpässe sukzessive zurückgefahren wurden.



WEBINAR
www.vhw.de

vhw Bundesverband
Wohnen und
Stadtentwicklung

Bodenrecht und Immobilienbewertung
Baulandentwicklung und Baulandmodelle

Donnerstag, 3. November 2022 | online: 09:30 - 16:00 Uhr
Webinar-Nr.: [WB220169](#)

Hierum geht's:
Hohe Grundstückspreise und der weiterhin immense Bedarf an bezahlbarem Wohnraum machen Baulandmodelle nach wie vor aktuell. In Verdichtungsräumen kommt der Siedlungsdruck aufs Land hinzu. Zahlreiche, nicht nur kleinere Gemeinden sind häufig mit komplexen Baulandmodellen überfordert und brauchen Unterstützung. Strategien bei der Baulandbeschaffung müssen bei betroffenen Städten und Gemeinden an erster Stelle stehen.

>> ALLE INFOS & ANMELDUNG

Termin
Donnerstag, 3. November 2022
Beginn: 09:30 Uhr
Ende: 16:00 Uhr

Quellen:

- Bundesregierung (2021): *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.* Berlin.
- vhw/Difu (2017): *Bodenpolitische Agenda 2020–2030.* Berlin.

4.4 Wohnprojekte im Quartier – Bezüge, Impulse, Potenziale – Wechselbeziehungen zivilgesellschaftlich initiiert mit ihren Umfeldern

Was im Rahmen von wohnungs- und bodenpolitischen Debatten auf der Makroebene diskutiert wird, findet seine Entsprechung in einer großen Vielfalt von – mitunter innovativen – Praktiken im Mikrobereich vor Ort.

Aus dem brach gefallenen Gewerbeareal wird ein Kulturzentrum, das stadtweite Bekanntheit erlangt. In den vom Verkauf bedrohten Altbauten entsteht eine Genossenschaft, die preiswerten Wohnraum sichert. Aus einem ehemaligen Altenheim wird ein Anlauf-, Unterkunfts- und Veranstaltungsort (nicht nur) für Geflüchtete... und so weiter und (auf vielfältig andere Weise) so fort.

Die Rede ist von [Projekten](#). Von Vorhaben, die von engagierten Menschen erdacht, verfolgt und zumeist unter großen Mühen realisiert werden. Sie ergreifen die Initiative, um Gefährdungen abzuwenden, Spielräume zu eröffnen, Möglichkeiten Wirklichkeiten werden zu lassen – für sich und oft auch: für andere.

Das ist durchaus keine Mode, sondern hat Tradition. Seit mehr als 50 Jahren entstehen Projekte dieser Art. Allerdings ist ein bemerkenswerter Wandel in ihrer gesellschaftlichen und politischen Wertschätzung zu erkennen: Wurden sie in den 1970er Jahren überwiegend noch mit Skepsis betrachtet, haben sie inzwischen bereits Eingang in die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefunden.

Der vhw hat sich diesem Themenkomplex bereits in der Vergangenheit auf vielfache Weise zugewandt: Von Studien zur [Topografie des Engagements](#) in den Städten, über die kontinuierliche Auseinandersetzung mit [Facetten der Quartiersentwicklung](#) bis hin zu [Austausch- und Weiterbildungsangeboten für junge Stadtmacherinnen und Stadtmacher](#) reicht das Spektrum.

Dem wird mit dem Forschungsvorhaben „Projekte im Quartier – Bezüge, Impulse, Potenziale“, welches von einem Team des Büros plan zwei in Hannover durchgeführt wurde, ein weiterer Baustein hinzugefügt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach der Wechselwirkung zwischen Kontext und Projekt.

Im Zuge einer systematisch abgeschichteten Empirie wurde zunächst aus Literatur und Datenbanken eine Longlist mit 123 Projekten erstellt. Sie war Grundlage für Typenbildungen – sowohl die Projekte wie die Umfeldern betreffend – und verdeutlicht eindrucksvoll die große Vielfalt zivilgesellschaftlicher Projekte. Darauf aufbauend wurden 20 Projekte in eine schriftliche und telefonische Befragung einbezogen, um dann zehn vor Ort näher zu untersuchen.

Quartiersgröße	Projekt und Kontext
Auf der programmatischen Ebene spielt die Größe „Quartier“ für die Initiativen eine deutlich geringere Rolle als erwartet. Nur wenige Projekte wurden ausdrücklich mit Quartiersbezug initiiert. Und nur wenige der in den Projekten Aktiven verstehen sich explizit als Akteurinnen und Akteure der Quartiersentwicklung.	Es ergeben sich zahlreiche Wechselwirkungen zwischen Projekt und Kontext. Dabei geht es auch, aber nicht vorrangig um Bereitstellung von Räumen bzw. um Angebote von Veranstaltungen etc. Das Hin und Her zwischen den Agierenden und ihren Umfeldern ist deutlich nuancenreicher, hat viele Dimensionen und kann sich im Zeitablauf wandeln.

Aus den vielen interessanten Ergebnissen seien hier nur zwei Befunde herausgegriffen, die Anlass geben, gängige Vorstellungen von der Rolle zivilgesellschaftlicher Projekte im Quartier zu überdenken (Tabelle).

Hinzu kommt: Die Projekte versuchen Lösungen für Fragen zu finden, die von genereller Bedeutung sind. Ob es um einen gemeinwohlorientierten Umgang mit Immobilien, um bezahlbares Wohnen, um nachhaltigen Lebensstil oder sozialen Zusammenhalt geht – es werden Wege gezeigt, die über das eigene Projekt hinausweisen und zugleich im Stadtteil als Angebot an gelebter Differenz verstanden werden können.

Damit wird auch eine Erweiterung des Verständnisses von **Projekt** nahegelegt: Es ist mehr als ein in Gebäuden und Rechtsformen „geronnenes“ Resultat zivilgesellschaftlichen Engagements. Sondern stets auch ein **soziales Gebilde**, das in Bewegung bleibt und dessen Mitglieder mit ihren (sozialen) Umfeldern interagieren. Insofern sind diese Projekte auch Hort und Ausgangspunkte weiteren Engagements – im Quartier und darüber hinaus. Das Forschungsvorhaben wurde im Berichtszeitraum 2021/2022 abgeschlossen. Die Publikation seiner Ergebnisse erfolgt in der vhw-Schriftenreihe voraussichtlich im dritten Quartal 2022.

4.5 Wohnungsunternehmen als Bildungsakteure

Die Verknüpfung unterschiedlicher Lernformen und Bildungsakteure wird an vielen Stellen eingesetzt, um für Menschen verschiedener sozialer Hintergründe und Altersgruppen den Zugang zu Bildungsangeboten möglichst niedrigschwellig zu gestalten. Zudem geht es dabei darum, Synergieeffekte zwischen unterschiedlichen pädagogischen Konzepten und Institutionen zu nutzen. Vorhaben dieser Art werden vielfach mit dem Begriff **Bildungslandschaften** verknüpft. Deren Anzahl ist in den letzten Jahren gewachsen. Sie wurden etwa im Kontext von Bundesprogrammen, Initiativen auf Länder-, Kreis- und Kommunalebene initiiert und umgesetzt. Vielfach sind auch Stiftungen sowie die Zivilgesellschaft in die Gestaltung solcher Bildungslandschaften involviert.

Die Rolle von Wohnungsunternehmen ist im Zusammenhang mit Bildungslandschaften bislang kaum wissenschaftlich untersucht. Bekannt ist hingegen, dass Wohnungsunternehmen vielfach als Eigentümer und Bewirtschafter großer Wohnungsbestände sowie als quartiersnahe Wirtschaftsbetriebe in der sozialen Quartiersentwicklung aktiv sind. Hiervon ausgehend bedarf es einer empirisch fundierten, strukturierten Betrachtung ihres Engagements im Bereich Bildung, vor allem in Bezug auf langfristige Kooperations- und Netzwerkstrukturen.

Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung



Das Forschungsvorhaben „Wohnungsunternehmen als Bildungsakteure“ (Screenshot Nachricht Website), das im ersten Halbjahr 2022 vom vhw gestartet wurde, verknüpft die Cluster Sozialer Wandel und Wohnen der vhw-Forschung. Es ist unter Kapitel 1.8

in der Art und Weise der Umsetzung und Ausrichtung vorab bereits kurz beschrieben. Mit der Gewoba-Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen ist ein langjähriger Partner des Verbands beteiligt, der Umsetzungsperspektiven einbringt und eine Brücke in die Praxis schlägt. Mit dem Institut Welt:Stadt:Quartier konnte ein Forschungspartner gewonnen werden, der über langjährige Erfahrungen in der Erforschung und Gestaltung von Bildungslandschaften verfügt. Im Projektzeitraum werden das Feld mit Recherchen, Interviews und Workshops eingegrenzt und Fragen für die weitere empirische Forschung formuliert. Zudem werden die Ergebnisse dialogisch mit Praktikern aus quartiersbezogenen Bildungseinrichtungen sowie der Wohnungswirtschaft entwickelt und reflektiert.

Projektübersicht zum Forschungscluster Wohnen in der Stadtentwicklung

Titel	Beginn	Ende	Projektleitung	Projekt Nummer
Einfamilienhausgebiete und Klimawandel	Dez 21	Dez 22	B. Hallenberg	21020
Innenentwicklung in angespannten Märkten	Nov 21	Jun 22	F. Rohland	21014
Grenzen der Innenentwicklung	Nov 21	Aug 22	F. Rohland	21012
Bodenpolitischer Handlungsrahmen	Mrz 20	Jun 22	F. Rohland	20010
Quartiersentwicklung in der privaten Wohnungswirtschaft	Jul 19	Jul 23	F. Rohland	19014
Wohnungsunternehmen als Bildungsakteure	Jul 19	Jun 23	S. Jähn	19009
Wohnprojekte im Quartier (PIQ)	Jun 19	Jul 22	K. Selle	19018
Familien und Wohngemeinschaften 1978–2018	Mrz 18	Okt 22	O. Schnur	18007

Wissenschaftskommunikation

Seit 2020 unterstützt Laura Garbe in der Wissenschaftskommunikation die vhw-Forschung. Damit konnte der satzungsgemäße Auftrag für den Transfer von Forschungsaktivitäten mit verschiedenen Formaten und in unterschiedlichen Kanälen deutlich verstärkt und regelmäßiger umgesetzt werden. Ausführliches dazu steht im Kapitel Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit ab S. 72.

